Merseburger Tageblatt

Unparteiische Zeitung für (Kreisblatt) Stadt u. Kreis Merseburg

Bezugspreis für Post und Stadt freibleibend. Ortsbezug wöchentlich. Postbezug monatlich. Nachforderung vorbehalten. Erscheint werktäglich nachmittags. Einzelnummer 120 Mlld., Sonnabends 150 Mlld. Postscheckkonto: Amt Leipzig Nr. 16 654. Geschäftsstelle: Hälterstraße 4; Zweigstelle Gotthardtstraße 38. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet. Erfüllungsort Merseburg. Im Falle höh. Gew. (Streik usw.) besteht k. Anspr. a. Liefer. od. Rückvergüt.

Anzeigenpreis Für den achtgespaltenen Millimeterraum 8 Goldpfennige; im Reklameteil 32 Goldpfg.; für Chiffreanzeigen und Nachweisungen 21 Goldpfg. Aufschlag. — Bei Umrechnung in Papiermark ist der amtliche Goldmarkkurs des Zahlungstages maßgeblich. — Familienanzeigen ermäßigt. — Rabatt nach Tarif. — Platzvorschrift ohne Verbindlichkeit. — Belegnummer wird berechnet. — Schluß der Anzeigen-Annahme 10 Uhr vorm. — Fernsprecher 100

Nr. 38 Donnerstag, den 14. Februar 1924 **164. Jahrgang**

Die Säuberungsaktion in der Pfalz.

Pirmasens.

Auf den geharnischten deutschen Einspruch gegen die französisch-separatistischen Treibereien in der Rheinpfalz hatte Poincaré mit verlegenen Ausflüchten geantwortet. Er erklärte, Frankreich mische sich nicht in innerdeutsche Angelegenheiten, offenbar in der Annahme, daß die Strauchdiebe in der Rheinpfalz fest im Sattel säßen. Die rheinpfälzische Bevölkerung hat aber die Erklärung Poincares anders ausgelegt, d. h. so, daß sich Frankreich nicht dreinmische, wenn die Pfalz sich von dem Lumpengesindel befreie. In Pirmasens ist damit begonnen worden, wobei leider 21 Rheinpfälzer den Heldentod fanden. Dieser Angriff hat wie ein Signal gewirkt, denn auch in anderen pfälzischen Städten ist die maßlos erbitterte und erzürnte Bevölkerung mit den Separatisten nach den Vorschriften der peinlichen Halsgerichtsordnung erfahren. Schade um jede Kugel, schade um jeden Strick, die an die separatistischen Räuberbanden verwendet werden müssen. Pirmasens liegt nur wenige Stunden von der pfälzisch-lothringischen Grenze entfernt. Vergeblich das Mühen der Franzosen, die Bevölkerung zu sich hinüberzuziehen, verächtlich aber der Versuch, die deutsche Stadt Pirmasens durch Separatisten dem Reich zu entfremden. Das deutsche Volk aber sendet den Rheinpfälzern, die keine Worte machten, sondern einfach handelten, tausendfältigen Dank und Gruß!

*

Mann gegen Mann.

Zu den schweren Kämpfen, in Pirmasens, über die wir in unserer gestrigen Ausgabe kurz berichteten, verlautet weiter: Die maßlos erregte Menge stürmte nach Einbruch der Dunkelheit auf das Gebäude ein. Als es sich herausstellte, daß an das Gebäude infolge der starken Verbarrikadierung nicht heranzukommen war, wurde die Feuerwehr zu Hilfe gerufen, die nun versuchte, auf Leitern durch die Fenster in das Regierungsgebäude einzudringen. Als auch das mißlang, griff man zu einem drastischen Mittel: das ganze Gebäude wurde mit Benzin besprengt und in Brand gesteckt. Als die unteren Teile des Hauses bereits in hellen Flammen standen, stellten die Separatisten endlich das Feuer ein und baten um Gnade. Unterdessen waren aber auch schon einige Bürgerwehrleute über die Leitern der Feuerwehr in die oberen Räume des Regierungsgebäudes eingedrungen. Da die Separatisten sich auch hierbei zur Wehr setzten,

ging es in den Amtsstuben Mann gegen Mann,

bis sich die Schar der Verräter ergab. Als nun die Separatisten aus dem Gebäude herausgeführt wurden, richtete sich gegen sie der ganze wochenlang aufgespeicherte Zorn der vielgeplagten Bevölkerung. **Mit einem einzigen Ausschrei fiel die Menge über ihre Peiniger her.**

Die Gesamtzahl der Toten und Verwundeten

die der schwere Kampf gefordert hat, steht noch nicht endgültig fest. Die letzten Berichte nennen 49 Tote und eine große Zahl von Schwerverwundeten. Auf der Seite der Sonderbündler sind 28, auf der der Einwohner 21 Todesopfer zu verzeichnen. Die Erregung in der Stadt ist immer noch ungeheuer.

Französische Eingriffe in Pirmasens.

Paris, 14. Februar. Die französische Gendarmerie und Geheimpolizei hat eine Untersuchung eröffnet. Von französischer Seite hebt man die Auffassung hervor, daß die deutsche Polizei während des Gemetzels nicht eingeschritten sei (!). Gestern früh sind verschiedene Verhaftungen von der französischen Polizei vorgenommen worden.

Belagerungszustand über Pirmasens.

Paris, 13. Februar. Die Interalliierte Rheinlandkommission trat heute vormittag unter dem Vorsitze Tirards zusammen und beschloß einstimmig, den **Belagerungszustand über den Kreis Pirmasens** zu verhängen und die dortigen Turnvereinigungen aufzulösen. Die Militärbehörden von Pirmasens werden der Rheinlandkommission über die getroffenen Maßnahmen Bericht erstatten. Der Vertreter der Rheinlandkommission in Pirmasens erließ **eigene** Vorschriften bezüglich des Verkehrs. Da der Delegierte der Rheinlandkommission in Pirmasens über keine Gendarmen verfügt, ließ er zwei Infanteriekompanien aus Speyer kommen, die bereits in Pirmasens eintrafen. Auf Lastautos sind zur Verstärkung der französischen Truppen heute früh **Marokkaner** eingetroffen.

Ein interalliierter Untersuchungsausschuß für Pirmasens.

Paris 14., Februar. Nach einer Havasmeldung aus Koblenz hat die Interalliierte Rheinlandkommission einen besonderen Ausschuß ernannt, der über die blutigen Vorgänge in Pirmasens eine Untersuchung anstellen wird. Der Ausschuß setzt sich aus einem französischen, belgischen und englischen Mitglieder zusammen.

Unruhen in Kaiserslautern.

Kaiserslautern, 13. Februar. Wie die „Pfälzische Rundschau" erfährt, wollten heute vormittag zwei Separatisten vor dem Bezirksamt einen Mann verprügeln. Sie zogen ihn in einen Gang und schossen auf ihn und zwei Schutzleute, die ihm zu Hilfe kommen wollten. Einer der Schutzleute erhielt einen Schuß in den Rücken. Daraufhin sammelte sich vor dem Bezirksamtsgebäude eine immer größer werdende Menschenmenge an. Um 9 Uhr hörte man schon vor dem Gebäude Schüsse fallen. Ein Kriminalwachtmeister erhielt einen Beinschuß und mußte mit dem Sanitätsauto in das Krankenhaus gebracht werden. Die Unruhen dauern an.

Kaiserslautern, 13. Februar. Bei der Fortdauer der Säuberungsaktion gegen die Separatisten in Kaiserslautern zog die französische Bezirksdelegation Truppen zusammen, welche den Platz vor dem Bezirksgebäude von der Menschenmenge räumten und die Zugangsstraßen absperrten. Dadurch wurde der Bevölkerung die Vertreibung der Separatisten aus dem Gebäude unmöglich gemacht. Eine Abordnung der Einwohnerschaft begab sich zu dem französischen Platzkommandanten und leitete wegen des Abzugs der Separatisten Verhandlungen ein.

Aus Zweibrücken zogen die Separatisten unter dem Eindruck der Vorgänge in Pirmasens heute früh in aller Stille ab. Auch Waldmühl bei Kusel haben sie bei Nacht und Nebel heimlich verlassen. In Landau hat der französische Bezirksdelegierte den Separatisten den Befehl zugehen lassen, daß sie nichts mehr unternehmen dürfen. Ihre Vertreibung aus der Stadt dürfte nur noch eine Frage der allernächsten Zeit sein.

Eingriffe der Franzosen in Kaiserslautern.

Kaiserslautern, 14. Februar. Die französische Besatzungsbehörde hat zwei junge Leute verhaften lassen unter der Anschuldigung, einen Angriff auf die französische Bezirksdelegation unternommen und auf die Separatisten (!) geschossen zu haben. Diejenigen Schutzleute, die noch nicht entwaffnet waren, wurden gestern auf Befehl des französischen Kommandanten entwaffnet; doch verlangte die französische Besatzungsbehörde von ihnen, daß **sie ohne Waffen ihren Dienst weiter versehen. — Sämtliche Turn- und Sportvereine des Bezirks Kirchheim-Bolanden sind von der französischen Besatzungsbehörde verboten worden.**

Belagerungszustand auch über Kaiserslautern.

Kaiserslautern, 14. Februar. Ueber die Stadt ist eine Verkehrssperre von 7 Uhr abends bis 5 Uhr morgens verhängt worden. Zwischenfälle haben sich im Laufe des gestrigen Tages nicht mehr ereignet.

Separatisten beim „Beschlanahmen" verhindert.

Ludwigshafen, 13. Februar. Die Separatisten versuchten gestern die „Pfälzische Rundschau" zu „beschlagnahmen". Die deutsche Polizei verhinderte sie an diesem Vorgehen und verlangte von den Separatisten eine Bescheinigung von der französischen Besatzungsbehörde, daß sie zu einem derartigen Vorgehen berechtigt seien. Eine solche Bescheinigung konnten die Separatisten natürlich nicht beibringen, weshalb die deutsche Polizei gegen sie einschritt.

*

General Dawes beim Reichskanzler.

Berlin, 13. Februar. Der Vorsitzende des ersten Sachverständigenausschusses General Charles Gates Dawes besuchte heute mittag aus Anlaß der Abreise des Ausschusses den Reichskanzler um auf Wunsch seiner Mitarbeiter Dank auszusprechen für die wirksame Unterstützung, welche die deutsche Regierung den hiesigen Arbeiten des Ausschusses habe zuteil werden lassen. Der General führte aus, die deutsche Regierung habe alle Auskünfte erteilt, welche das Komitee gebraucht habe. Er wünsche hierfür zu danken, sowie für die aufmerksame und freundliche Aufnahme, welche der Ausschuß erfahren habe. Der Reichskanzler dankte dem General für seinen Besuch und bat ihn, auch den übrigen Mitgliedern des Ausschusses seine Genugtuung dafür zum Ausdruck zu bringen, daß die Mitarbeit der deutschen Regierung in dieser Weise gewürdigt sei. Er danke ihnen ferner namens der deutschen Regierung für das eingehende Interesse, das sie der ihnen übertragenen überaus schwierigen Aufgabe gewidmet hätten.

Erklärungen Mendelssohns vor dem Sachverständigenausschuß.

Berlin, 13. Februar. In der gestrigen Sitzung des ersten Sachverständigenausschusses legte Franz von Mendelssohn; wie die „B. Z." erfährt die Verluste dar, die dem deutschen Wirtschaftsvermögen und im besonderen dem Handel und den Banken durch die Substanzverminderung der Inflation entstanden sind. Er wies in seinen Ausführungen nach, daß der deutsche Wirtschaftskörper an sich gesund sei daß aber die jetzige schwere Krise nur dann überwunden werden kann, wenn mit großer Beschleunigung für eine Wiederherstellung unserer Währung und für die Schaffung von ausländischen Beziehungen durch Gründung einer Goldkreditbank und durch weitgehende Auslandskredite gesorgt werde.

Abschiedsbesuch von Dawes bei Dr. Marx.

Berlin 13. Februar. Der Vorsitzende des ersten Sachverständigenausschusses, General Dawes, hat heute um 12 Uhr dem Reichskanzler seinen Abschiedsbesuch gemacht. Die Sachverständigenkommission wird bekanntlich am 18. Februar wieder in Paris zusammentreten. Bis dahin wird eine Reihe von Fragen, die bisher seitens der deutschen Regierung unbeantwortet geblieben sind, schriftlich nach Paris beantwortet sein. Jedenfalls ist Vorsorge getroffen, daß die Kommission bis zum 18. Februar das Material für sich zur Verfügung hat. Die deutsche Regierung wird ihr gesamtes Material in Form eines Weißbuches veröffentlichen. Die Denkschrift, die der Sachverständigenkommission seitens der Regierung überreicht worden ist, wird Ende der Woche im Buchhandel erscheinen.

Arbeitgeberpolitik.

In den Revolutionstagen von 1918 glaubten viele Arbeitgeber durch den Abschluß der „Zentralarbeitsgemeinschaft", d. h. durch den Vertrag mit den drei Gewerkschaftsrichtungen, die soziale Bewegung Deutschlands einem gewissen Ziele entgegengeführt zu haben. Diese Ansicht hat sich als falsch erwiesen. Im Gegenteil zeigten die Jahre 1919 bis 1923 deutlich genug, daß die Zentralarbeitsgemeinschaft nicht dahin wirkte, den Klassenkampfgedanken zu bannen oder auch nur zu unterdrücken. Die Gewerkschaften haben über die Zentralarbeitsgemeinschaft eine ungeheuere Zunahme an Mitgliedern erfahren. Sie haben aber diesen Machtzuwachs dazu benutzt, ihren marxistischen Anschauungen rücksichtslosen Nachdruck zu verleihen. Noch 1922 schrieb Prof. Heyde in der „Sozialen Praxis", dem Organ der Gesellschaft für soziale Reform, daß die Gewerkschaften in Deutschland die stärkste Macht seien, stark genug, um Regierungen kommen und gehen zu heißen.

Mit dieser Entwicklung mußten sich im Arbeitgeberlager die Stimmen mehren, die in den Ruf einstimmten: Los von den Gewerkschaften! Nicht, daß diese antigewerkschaftliche Richtung im Arbeitgeberlager antisozial gewesen wäre oder sei, sondern nur, daß diese Arbeitgeber den Standpunkt vertreten, die sozialen Fragen selbst mit der eigenen Belegschaft lösen zu wollen.

Der Zusammenbruch der ganzen Inflationswirtschaft mußte den Zusammenbruch der gesamten nachrevolutionären, finanziell unfundierten Sozialpolitik bringen. Eine der sogenannten „Errungenschaften der Revolution" fiel nach der anderen. Und die Rückkehr zu der ehrlichen Pfennigrechnung lernte uns wieder begreifen, daß jede soziale Maßnahme, soll sie nicht unsozial werden, ihrer wirtschaftlichen Unterbauung bedarf.

Mit dem Zusammenbruch der Inflationswirtschaft ist eine ungeheure Wirtschaftskrise über Deutschland gekommen. Damit haben die Arbeitgeber zurzeit das sozialpolitische Uebergewicht. An ihnen liegt es nun also, in die vorderste Front zu treten, um der sozialpolitischen Entwicklung eine glücklichere Richtung zu geben. Die Verantwortung den Arbeitgeber ist heute doppelt groß. Nicht nur, daß von ihrem kaufmännischen Geschick die Ueberwindung der Wirtschaftskrise abhängig ist, auch die sozialpolitische Zukunft wird von der Einstellung der Arbeitgeber entscheidend beeinflußt. Damit tragen aber auch die Arbeitgeber die Verantwortung für die geistige Einstellung ihrer Belegschaften.

Die Arbeitgeberpolitik muß sich darauf einstellen, in dem Grundsatz der ehrlichen Arbeitsgemeinschaft mit der eigenen Belegschaft die Arbeitsbedingungen werksweise in den Betrieben zu regeln. Die Arbeitgeberpolitik muß weiterhin von der Erkenntnis erfüllt sein, daß nur durch eine Gerechtigkeit in der Lohnfrage, d. h. durch die Anerkennung des Leistungsprinzipes das gegenseitige Mißtrauen beseitigt werden kann, was die vergangenen Jahre zwischen Werksleitungen und Belegschaften angehäuft haben. Findet hier die Arbeitgeberpolitik den richtigen Weg, dann stehen wir heute in der Tat an einer sozialpolitischen Schicksalswende zum Guten.

Sperrmaßnahmen.

Köln, 14. Februar. Außer der Rheinbrücke Mannheim-Ludwigshafen sind auch sämtlichen anderen Brücken, die von der Pfalz in Rechtsrheinische führen, von der Besatzungsbehörde für den Verkehr gesperrt worden. Der Grund der Sperre ist bis jetzt noch nicht bekannt. Der Eisenbahnverkehr über die Brücke Mannheim-Ludwigshafen ist bis zur Stunde noch nicht unterbrochen.

*

Keine Einigung über die 3. Steuernotverordnung.

Berlin, 14. Februar. Die Verhandlungen des Unterausschusses des 15er-Ausschusses über die dritte Steuernotverordnung, die sich gestern wieder bis in die achte Abendstunde hinzogen, haben zu keiner Einigung unter den Parteien und mit der Regierung geführt. Unter diesen Umständen wird das Kabinett freie Hand haben ob und in welcher Form es die dritte Steuernotverordnung auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassen will. Möglicherweise wird die Aufwertungsquote im Einvernehmen mit dem größeren Teil der Fraktionen **von zehn auf fünfzehn Prozent** erhöht. Die Deutschnationalen wollten über diesen Prozentsatz noch hinausgehen, während die Sozialdemokraten grundsätzlich Gegner jeder Aufwertung sind. Die Frage der Aufwertung des Reichs-, Staats- und Gemeindeanleihen scheint dahin geregelt zu sein, daß der grundsätzliche Ausschluß der Aufwertung beseitigt wird, ohne daß jedoch die Frage schon im positiven Sinne entschieden wäre. Die Mietzinssteuer wird im Zusammenhang mit dem Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden voraussichtlich in derselben Form bestehen bleiben, in der sie die Reichsregierung in ihrem Entwurf vorgesehen hatte.

Verabschiedung der dritten Steuernotverordnung durch das Reichskabinett.

Berlin, 14. Februar. Ueber die gestrige Kabinettssitzung die sich mit der dritten Steuernotverordnung beschäftigte, wird halbamtlich folgender Bericht ausgegeben: Ueber die dritte Steuernotverordnung sind mehrtägige Verhandlungen zwischen den beteiligten Regierungsressorts und den Parteiführern gepflogen worden. Wenn bei der überaus schwierigen Materie auch kein völliges Einvernehmen zwischen Regierung und Parteiführern zu erreichen war, so

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240214-18/fragment/page=0001

wurde doch eine befriedigende Uebereinstimmung über die Hauptprobleme der Verordnung erzielt. Das Reichskabinett hielt heute eine Schlußberatung über die dritte Steuernotverordnung ab.

*

Die Polizei warnt.

Wie der Polizei aus aufgefundenem Material bekannt geworden ist, **beabsichtigen kommunistische Führer für Donnerstag**, nachmittag ½5 Uhr, in sechs verschiedenen Lokalen sogenannte Gewerkschaftsversammlungen abzuhalten. Daran sollen teilnehmen nicht nur die streikenden Metallarbeiter, sondern auch die Textilarbeiter, die Erwerbslosen und Kurzarbeiter ebenso soll versucht werden, die Frauen der Streikenden auf die Beine zu bringen. Im Anschluß daran soll weiter versucht werden, **auf die Straße zu ziehen. Mit den alten gewerkschaftlichen Kampfmitteln** nähme der Kampf in verschiedenen Berufen eine Dauer an, die letzter Endes zur Niederlage führen müsse, deshalb müsse nun endlich der geschlossene **Kampf auf der ganzen Linie aufgenommen** werden. Daraus geht hervor, daß die Kommunisten alles daran setzen, um **Zusammenstöße und Unordnung herbeizuführen**. Wenn auch die **deutsche Arbeiterschaft für viel zu klug gehalten wird**, als daß sie sich von gewissenlosen Drahtziehern zu durchsichtigen Zwecken mißbrauchen ließe, so werden doch **hierdurch alle Arbeiter noch einmal gewarnt und darauf hingewiesen, daß die obenerwähnten Versammlungen ebenso wie etwaige Straßendemonstrationen verboten sind.**

Der vereitelte Kommunistenputsch.

Hamburg, 13. Februar. Der bekannt gewordene Kommunistenputsch, der am heutigen Tag in ganz Deutschland geplant war, hat auch in Hamburg einige Ansätze zu Demonstrationen in verschiedenen Teilen der Stadt veranlaßt, durch die aber die Ruhe bisher nirgends gestört worden ist. Auf dem Heiligen Geistfelde versuchten die Kommunisten, Arbeitslose aufzuhetzen. 800 Erwerbslose zogen von einem am Hafen gelegenen Arbeitsnachweis zum Hafenbetriebsamt, um dort Forderungen zu erheben. Die Ansammlungen konnten ohne Mühe zerstreut werden.

Keine kommunistischen Demonstrationen.

Ruhe in Berlin.

Berlin, 13. Februar. In Berlin ist es heute nirgends zu **Unruhen** gekommen. Die Kommunisten hatten von jeden Kundgebungen oder Demonstrationen abgesehen. Kleinere Ansammlungen wurden schnell zur Auflösung gebracht.

„Russenhilfe".

Aus Dresden wird uns berichtet:

Seit einiger Zeit erhalten an verschiedenen Orten des Freistaates Sachsen Arme und Erwerbslose kostenlose Speisungen, sogenannte „Russenspeisungen", die aus einer „Russenhilfe" bezahlt werden sollen. Besonders reichlich haben solche Speisungen in Gera und Greiz stattgefunden. Es wäre interessant und wichtig, zu erfahren, woher diese sogenannte „Russenhilfe" stammt. Unseres Erachtens handelt es sich hier wie so oft um einen groben kommunistischen Schwindel, der keinem anderen Zwecke dienen soll, als die Massen für den bolschewistischen Gedanken einzufangen.

*

Vor Erhöhung der Beamtengehälter.

Berlin, 13. Februar. Der Sparausschuß des Reichstags **ersuchte die Reichsregierung, die Gehälter der Beamten und die Löhne der Reichsarbeiter sobald wie möglich zu erhöhen.** Ebenso ersuchte der Ausschuß die Reichsregierung, die Anstellungs- und Beförderungssperre für die Beamten mindestens insoweit aufzuheben, **daß während der Dauer des Personalabbaus jede zweite freiwerdende Stelle wieder besetzt wird.** Weitere Ausnahmen hiervon sollen mit Genehmigung des Sparkommissars und des Reichsfinanzministers möglich sein. Ferner nahm der Sparausschuß einen Antrag zugunsten der Schwerkriegsbeschädigten an.

Ebert und der Munitionsstreik.

Eine zurückgezogene Beleidigungsklage.

Die „Münchener Augsb. Abendzeitung" teilt mit: „Der Reichspräsident hatte gegen Dr. E. Gansser-München wegen des Vorwurfs, er, Ebert, sei ein **Landesverräter**, Strafantrag gestellt. Der Vorwurf des Landesverrats war damit begründet, **daß Ebert 1917 Leiter im Munitionsarbeiterstreik gewesen sei**, das ihm zugegangene Streikverbot des stellvertretenden kommandierenden Generals mit den Worten: „Der Wisch ist für die Katz!" öffentlich in einer Versammlung in Berlin-Treptow zerrissen habe usw. In wiederholten eingeschriebenen Briefen an Ebert hatte der bekannte U-Bootsführer Korvettenkapitän a. D. Frhr. v. Forstner, auf diese Handlungen hingewiesen und sich zum Beweise dafür erboten, **daß der Streik unserer Rüstungsindustrie manche brave U-Bootsmannschaft in den Tod gejagt habe, weil auch auf den Werften alles stockte und gewisse Sicherheitsmaßnahmen zur See unmöglich wurden.** Eine Antwort hat Frhr. v. Forstner nie erhalten. Die Beleidigungsklage Eberts gegen Dr. Gansser wegen der Bezichtigung des Landesverrats sollte nun am 7. Februar d. Js. in München verhandelt werden, nachdem inzwischen Ebert, Scheidemann, Bauer und alle übrigen genannten Zeugen kommissarisch unter Eid vernommen worden waren. Nun ist plötzlich durch Beschluß des Münchener Gerichts vom 26. Januar d. Js. die **Strafsache gegen Dr. Gansser eingestellt** und die Staatskasse zur Tragung der Kosten angehalten worden, da — der Strafantrag durch den Beleidigten zurückgenommen worden ist.

Daß die „Voss. Ztg." die zurückgezogene Beleidigungsklage zu motivieren sucht, ist ja erklärlich. Sie schreibt dazu:

„Trotzdem die Beweisaufnahme eine völlig einwandfreie Klärung des Sachverhalts ergeben hatte, hat das Schöffengericht München den Reichspräsidenten zur nochmaligen Vernehmung in der Hauptverhandlung vorgeladen. Da diese persönliche Vorladung sich mit den Vorschriften der Strafprozeßordnung und mit der staatsrechtlichen Stellung des Reichspräsidenten nicht vereinbaren läßt (!!) und der tatsächliche Sachverhalt durch die Beweisaufnahme völlig (!!) aufgeklärt war, hat der Herr Reichspräsident auf Anraten seines Rechtsbeistandes Wolfgang Heine den Strafantrag zurückgezogen (!!). Er hat sich hierzu um so mehr entschlossen, als er infolge des seit der Beleidigung mehr als 19 Monate hingezogenen Verfahrens ein Interesse an der weiteren Rechtsverfolgung nicht mehr hatte." (!!!).

Mit Rücksicht auf das Gesetz zum Schutze der Republik **teilen wir nur die nackten Tatsachen mit und enthalten uns jeder Bemerkung dazu . . .**

Die Auflösung des bayerischen Landtags.

München, 13. Februar. Nach einem einstimmigen Beschluß des Aeltestenrats wird der bayerische Landtag in seiner Sitzung am Donnerstag, den 21. Februar über seine Auflösung Beschluß fassen.

Die Unterredung Stresemanns mit dem französischen Botschafter.

Berlin, 13. Februar. Außenminister Dr. Stresemann empfing gestern, den französischen Botschafter de Margerie zu einer Unterredung, Gegenstand der Aussprache war der gesamte Fragenkomplex, der einige Tage zuvor zwischen dem deutschen Botschafter in Paris, von Hoesch, und dem französischen Ministerpräsidenten besprochen worden ist. Nähere Einzelheiten über die Unterhaltung werden von zuständiger Stelle nicht mitgeteilt.

Lokalentum und kein Ende.

Der zu Kreuze kriechende Reichspräsident.

Berlin, 14. Februar. Auf das Telegramm des amerikanischen Generals Allen hat der Reichspräsident das folgende Antworttelegramm gesandt: „Wie mir Ihr Telegramm zu meinem lebhaften Bedauern bestätigt, hat es in den Vereinigten Staaten zu bedauernswerten Mißdeutungen geführt, daß die Flagge auf der deutschen Botschaft in Washington nicht schon auf die erste Nachricht von dem Ableben des früheren Präsidenten Wilson, sondern erst am Tage seiner Beisetzung auf Halbmast gehißt worden ist. Es ist mir ein Bedürfnis, Ihnen zu versichern, daß das deutsche Volk an der nationalen Trauer des amerikanischen Volkes, dessen hochherzige Liebestätigkeit (!!) zur Linderung der Not in Deutschland hier niemals vergessen werden wird, den aufrichtigsten Anteil nimmt."

*

Die Debatte über die englische Regierungserklärung

London, 14. Februar. Die Debatte über die Regierungserklärung begann gestern im Unterhause. Stanley Baldwin nahm auf Macdonalds Feststellung Bezug, daß es der Arbeiterpartei gelungen sei, eine fühlbare Annäherung an Frankreich zu erzielen und erklärte, unter diesen Umständen werde sicher keine Oppositionspartei gewillt sein, irgendeine Frage aufzuwerfen, die der Regierung ihre Pflichterfüllung zu erschweren geeignet sei. Baldwin befaßte sich sodann mit der russischen Frage und stellte fest, daß sie eminent schwierig sei. England sei der Aufgabe gegenübergestellt, friedliche Beziehungen zu einer Regierung anzuknüpfen, deren Staatsideale denen der englischen gerade entgegengesetzt seien. — Nach Baldwin sprach der liberale Führer Asquith, der daran erinnerte, daß die meisten innenpolitischen Vorschläge der Arbeiterregierung in den Wahlprogrammen der gegenwärtigen Oppositionsparteien gestanden hätten.

Auch im Oberhause wurde gestern die Debatte über die Regierungserklärung fortgesetzt. Lord Parmeer sprach sich sehr warm dafür aus, daß die englische Außenpolitik sich auf den Völkerbund stützen müsse und erklärt weiter, daß die Regelung der Abrüstungsfrage mit dieser Außenpolitik Hand in Hand gehen müsse. — Schließlich sprach Lord Robert Cecil, der sagte, man müsse jetzt unbedingt der Frage näher treten, mit welchen Mitteln und auf welchem Wege die Rüstungen der einzelnen Staaten in Einklang miteinander gebracht werden könnten. Das sei naturgemäß erst dann möglich, wenn der gegenwärtige Geisteszustand Europas sich geändert haben werde.

Das Londoner Echo auf Macdonalds Rede.

London, 13. Februar. Das Programm Macdonalds enttäuschte das Unterhaus und besonders seine Partei insofern etwas, als es sich beinahe ganz in Allgemeinheiten bewegte und ein Eingehen auf Einzelheiten vermied. Das gilt auch bezüglich der auswärtigen Politik, wie z. B. das offizielle Organ der Arbeiterpartei schreibt. Die „Times" meinen, Macdonald verdanke seinen bisherigen Erfolg in der auswärtigen Politik vielleicht mehr den unbelohnten Bemühungen Lord Curzons, als er anerkenne. Vielleicht wolle Poincare den englischen Regierungswechsel als eine Gelegenheit benutzen, um seine starre Haltung etwas zu mildern. Der „Daily Telegraph" begrüßt Macdonalds Erfolg in der auswärtigen Politik, bittet aber, nicht zu vergessen, daß **bisher nichts Wesentliches erreicht** worden ist. Das Diehard-Organ begrüßt Macdonalds Politik gegen Frankreich, als Fortsetzung der konservativen Politik. Der Ton der liberalen Presse ist freundlich gehalten; die „Westminster Gazette" sagt, sein ganzes Programm entspreche der liberalen Politik und brauche wenig Opposition zu befürchten.

Ueberzeichnung der japanischen Wiederaufbauanleihe in London.

London, 14. Februar. Die japanische Wiederaufbauanleihe in Höhe von 25 Millionen Pfund Sterling, die zu 6 Prozent verzinst wird und deren Anteile mit 87½ Prozent ausgegeben werden, ist in London überraschend schnell überzeichnet worden. Die Prospekte wurden vorgestern nachmittag ausgelegt und gestern mittag mußten die Zeichnungen bereits abgeschlossen werden.

Eine Partei für Abschaffung des Krieges.

Paris, 14. Februar. In Paris ist gestern von dem Advokaten Demont eine Organisation gegründet worden, die den Namen „Partei für Abschaffung der Kriege" führt. Diese Partei verfolgt keine politischen Ziele; sie beabsichtigt, zu den Neuwahlen Kandidaten aufzustellen, die im Parlament für eine Stärkung des Völkerbundes eintreten werden. Außerdem werden sie beantragen, daß von dem Internationalen Gerichtshof juristische Klauseln für die Aufrechterhaltung des Weltfriedens ausgearbeitet werden.

Der italienische Militäretat.

Rom, 14. Februar. Ein Dekret verfügt die Erhöhung des Militäretats um 100 Millionen Lire.

Aus Stadt und Umgebung

Rundfunk.

Unter dem heute in aller Munde befindlichen Worte Radio wird gemeinhin die Verbreitung von Darbietungen künstlerischer Art, sowie von wirtschaftlichen Nachrichten auf drahtlosem Wege verstanden. Die Aufsendung erfolgt in Deutschland von verschiedenen Stellen und zwar sind Sendestationen in Berlin, Frankfurt a. M., München, Stuttgart, Breslau, Magdeburg, Leipzig, Hamburg, Münster i. Westf. und Königsberg, von denen zunächst nur die erste in Betrieb ist. Zum Auffangen der Rundfunk-Darbietungen, ist seit der Freigabe des Rundfunks seitens der Post im November v. Js. jedermann berechtigt, sowie er die dafür bestimmte Gebühr von 60 Mk. für die Errichtung einer Empfangsanlage an das zuständige Fernsprechamt bezahlt hat. Zur Aufstellung dürfen nur solche Empfangsgeräte käuflich erworben werden, welche von der Reichs-Telegraphenverwaltung zugelassen und plombiert sind.

Mit der Fabrikation solcher Empfangsanlagen beschäftigt sich eine stetig wachsende Anzahl Firmen. Jedoch befinden sich die wesentlichen Patente auf diesem Gebiete in Händen von Firmen, welche sich schon seit langen Jahren mit den Fragen der drahtlosen Telegraphie beschäftigen. Wie in Amerika, sucht auch in Deutschland eine große Anzahl Firmen, oft nur mit den primitivsten Werkstätten zur Herstellung von Apparaten ausgerüstet, mit minderwertigen Erzeugnissen den Markt zu überschwemmen, um das bei dem großen Publikum zurzeit vorhandene Interesse auszunutzen. Es empfiehlt sich, dieser Entwicklung gegenüber eine gewisse Zurückhaltung zu bewahren und abzuwarten bis die erfahrensten Firmen mit ihren auf Grund der neuesten Forschungen zusammengestellten Apparaten auf den Markt kommen.

Die Landelektrizität G. m. b. H. Ueberlandwerk Saalkreis-Bitterfeld zu Halle widmet der Entwicklung der drahtlosen Telefonie dauernd ihre schärfste Aufmerksamkeit und wird den ihr angeschlossenen Stromkonsumenten auch auf diesem Gebiete die beste Beratung angedeihen lassen.

Leichte Senkung der Reichsrichtzahl am 11. Februar 1924. Die Reichsrichtziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung und Bekleidung) berläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamtes für Montag, den 11. Februar, auf das 1,03billionenfache der Vorkriegszeit. Gegenüber der Vorwoche (1,04 Billionen) ist demnach eine Abnahme von 1,0 v. H. zu verzeichnen.

Die amtliche Großhandelsrichtziffer vom 12. Februar. Die auf den Stichtag des 12. Februar berechnete Großhandelsrichtziffer des Statistischen Reichsamtes ergibt gegenüber dem Stande vom 5. Februar (113,9) eine Steigerung um 1,3 v. H. auf 115,4.

Den 90. Geburtstag feierte am gestrigen Mittwoch in voller Rüstigkeit die Witwe Broschat, Saalstraße 5, im Kreise ihrer Anverwandten. Herr Pastor Riem brachte der Jubilarin die Glückwünsche der Stadtgemeinde dar.

Die Deutsche Volkspartei hielt am Dienstag Abend im kleinen Saale von „Beths Gesellschaftshaus" eine öffentliche Versammlung ab, in der Reichstagsabgeordneter Morath, Mitglied des Beamtenausschusses, über das Thema „Die Beamtenfragen" einen längeren Vortrag hielt. Nachdem der Leiter der Versammlung, Mittelschullehrer Brunner die Erschienenen herzlich begrüßt hatte, und bat, mit dem kleinen Raum fürlieb zu nehmen, da die Versammlung ursprünglich für Mittwoch angesetzt war, aber wegen Behinderung des Referenten schon Dienstag stattfinden mußte, ergriff der Referent das Wort. Seine Ausführungen haben unzweifelhaft dazu beigetragen, die Beunruhigung in den Beamtenkreisen im allgemeinen zu beseitigen. Er führte aus, daß die Beamtenfragen keine Berufsfragen sind, sondern Fragen, die das gesamte Volk angehen. Die Beamten sind am ersten an den Wiederaufbau interessiert. Bei einem Bankerott des Staates würden die Beamten am schwersten geschädigt. Es wäre zweckmäßig, alle Staatsbürger zu einer Gemeinschaft zu gewinnen. Die Methode, die von links und rechts angewendet würde, um andersdenkende Staatsbürger und Staatsmänner zu beschimpfen, sei grundfalsch und nur der Poincarismus profitiere davon. Jeder wahre Deutsche sehne den Tag herbei, an dem die Fesseln der Knechtschaft gesprengt werden könnten. Aber hierzu gehöre die Einigkeit aller Stände. Um wieder zu gesunden, muß unter allen Umständen versucht werden, den Etat des Reiches in Ordnung zu bringen. Denn wenn es gelingt, wird die Rentenmark wieder wertlos und eine neue Inflation beginnt. Die Folgen derselben wären nicht abzusehen und alle Stände würden darunter leiden, am meisten aber die Beamten. Der Staat muß neue Steuerquellen erschließen, den Verwaltungsapparat auf das notwendigste Maß herabzudrücken um den Etat zu balancieren. Es sind harte Maßnahmen, aber zur Gesundung notwendig. Der Behörden- und Beamtenabbau im Reich sowie in den Ländern und Gemeinden wird gleichzeitig vorgenommen. Redner erläuterte dann die Grundlagen bezw. die Grundzüge der Durchführung sowie die Ausführungsbestimmungen der Personal-Abbau-Verordnung. An die Entfernung der Angestellten sowie der berufsfremden Beamten sei zunächst gedacht. Eine besondere Berücksichtigung fände die Abfindung der Versorgungsanwärter. Auch der Schuldabbau findet eine besonders vorsichtige Behandlung. Die Beamten müssen und wollen auch Opfer bringen, aber der Abbau soll gerecht vor sich gehen. Die Gehälter sind zu niedrig und unzureichend. Aber lieber wertbeständiges und weniger Geld, als eine Menge Papiergeld, wofür man bei einer neuen Inflation nichts kaufen kann. Alle Beamten müssen ein Existenzminimum erhalten. Durch den Abbau werden nach zuverlässigen Angaben 100 Gold-Millionen Mark gespart, die bei den heutigen Finanznöten des Reiches und der Balanzierung des Etats eine wichtige Rolle spielen. Es muß unter allen Umständen gelingen, durch äußerste Sparsamkeit den Haushaltsplan des Reiches in Ordnung zu bringen und unsere Währung zu stabilisieren. Auf diese Art wird dem Staat und den Beamten am meisten und besten gedient. Die Privatisierung der Post und der Bahn lehnt die DVP. unter allen Umständen ab. In der auswärtigen Politik sind auch erkennbare Fortschritte zu verzeichnen. Helfen wir alle am Wiederaufbau unseres Staates, dann wird auch den Beamten wie allen Staatsbürgern am besten geholfen. — Nach einer kurzen Diskussion über den mit Beifall aufgenommenen Vortrag, und nach dem der Vorsitzende noch einige lokale Fragen behandelte, wurde die Versammlung geschlossen.

Die heutige Fortsetzung unseres Romans muß aus betriebstechnischen Gründen leider ausfallen. Wir werden unsere Leser in einer der nächsten Nummern für den Ausfall entschädigen.

Einen Lehrgang zur Unterweisung in Handfertigkeiten (Pappgestaltung, Bucheinbindungen usw.) veranstaltet der Verein zur Förderung der Jugendpflege in der Jugendwerkstatt (Altes Kloster). Leiter ist Lehrer Tiemann-Halle a. S. an der Kunstgewerbeschule daselbst vorgebildet. Der Unterricht beginnt Dienstag, den 19. Februar nachm. 5½ Uhr und wird an zwei Abenden (Dienstag und Freitag) von 5½ – 7½ Uhr erteilt. Das Unterrichtshonorar beträgt für den Abend 60 Pfg. bei Beteiligung von mindestens 10 Personen. So hat jeder Gelegenheit, in die nützliche Handfertigkeit eingeführt zu werden. Besonders wird die Jugend dazu die Gelegenheit nicht versäumen. Meldung beim Hausmeister im Jugendheim Herzog Christian. (S. Anzeige).

Das Frostwetter hält im größten Teil Teile Deutschlands weiter an, da die Wetterlage noch immer unter dem Einfluß der aus dem Nordosten und Osten des Erdteils abfließenden kalten Luftmassen steht. Nur das südwestliche Deutschland ist frostfrei. Die über dem Balkan vorhandene Warmfront hat seit gestern nach Norden zu nur wenig an Raum gewonnen, sie bringt jedoch über Polen wieder nach Mitteleuropa vor.

Ein neuer Nachtschnellzug Berlin–München. Bereits seit längerer Zeit ist die Wiedereinstellung der Schlafwagenzüge D 70/71 Berlin–Halle–München und D 298/297 Berlin–Halle–Stuttgart erwogen worden, da der Verkehr nach Süddeutschland und darüber hinaus nach der Schweiz und Italien stark zugenommen hat. Reichsverkehrsminister

Wann gehe ich ins Thalia und sehe Stadttheater?

Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerst.	Freitag	Sonnabd.	Sonntag
			Carmen	Der letzte Walzer	Die Wildente	Der letzte Walzer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240214-18/fragment/page=0002

Dessen will jedoch die Schlafwagenzüge erst wieder laufen lassen, wenn alle anderen Verkehrsbedürfnisse befriedigt sind, denn ein Schlafwagenzug stellt eine Reisebequemlichkeit dar, an die erst gedacht werden kann, wenn der lebenswichtige Normalverkehr voll bedient ist. Aus diesem Grunde soll zunächst ein neuer Nachtschnellzug von Berlin nach München eingelegt werden, und zwar das im November ausgefallene Schnellzugspaar D 24/25, ab Berlin Anhalter Bahnhof 7,10 abends, an München 7,39 vormittags; Gegenzug D 25 ab München 11,05 abends, an Berliner Anhalter Bahnhof 11,17 vormittags; dieser Zug, der über Leipzig fährt, würde günstige Anschlüsse von München nach Salzburg, Kufstein und Lindau (Schweiz, Italien) herstellen und soll drei Schlafwagen 1. bis 3. Klasse führen; es ist anzunehmen, daß er noch im Laufe des Februar wieder in Dienst gestellt wird.

Abschlußzahlungen auf Einkommen- und Körperschaftssteuer. Aus den Durchführungsbestimmungen zur 2. Steuernotverordnung (vom 3. Januar 1924) haben die Finanzämter das Recht hergeleitet, bei der Festsetzung der Abschlußzahlungen auf Einkommen- und Körperschaftssteuer in überaus weitgehendem Umfange die Mitberücksichtigung des Verbrauchs heranzuziehen und ihre diesbezüglichen Schätzungen zur Grundlage kurzfristiger Zahlungsaufforderungen bei den Steuerpflichtigen zu machen. Gegen diese Praxis bei der Durchführung der Steuergesetze hat der Hansa-Bund dem Reichsfinanzminister gegenüber energisch Stellung genommen. Der Entwurf zur 3. Steuernotverordnung zeigt nun, daß die Absichten des Finanzministeriums sich diktatorische Machtbefugnisse bei der Festsetzung der Zahlungen der Steuerpflichtigen anzueignen, durch die Einsprüche der Wirtschaft nicht gehemmt sind, sondern im Gegenteil darauf hinauslaufen, immer weitere Kreise unter den Rechtszwang der vorläufigen Erfüllung von Diktaten der Finanzämter zu stellen. Paragr. 55 des Entwurfs der 3. Steuernotverordnung will auch die Einkommensteuerpflichtigen, die nach dem Gesetz vom 9. Juli und 11. August 1923 von den erhöhten Steuervorauszahlungen befreit waren, der Bestimmung unterwerfen, daß die Finanzämter ihre Abschlußzahlung besonders unter Berücksichtigung des Verbrauchs festsetzen können. Gleichzeitig soll die Rechtsbasis für die gegenwärtige Praxis der Finanzämter durch einige Abänderungen der 2. Steuernotverordnung hergestellt werden. Gegen diesen Versuch, die steuerliche Rechtsunsicherheit zu erhöhen und auf immer weitere Kreise auszudehnen, hat der Hansa-Bund gegenüber der Reichsregierung, dem Reichsrat und den politischen Parteien erneut Einspruch erhoben.

Reichsstempelfragen. Zum Reichsstempel werden einige bemerkenswerte Urteile des Reichsfinanzhofes den Steuerbehörden mitgeteilt. Die Verpflichtung des ersten Erwerbers junger Aktien, einen Teil davon der ausgebenden Gesellschaft zur Verfügung zu halten, ist als Gegenleistung für die Uebernahme der Emission anzusehen und demgemäß der Wert dieser Verpflichtung bei der Steuerberechnung zu berücksichtigen. Wenn die Gesellschafter einer G. m. b. H. zu den Kosten der wissenschaftlichen Untersuchungen der Gesellschaft Beiträge zu leisten haben, so sind sie als Nachschüsse anzusehen, wenn die Zulässigkeit zur Umlegung solcher Beiträge im Gesellschaftsvertrag vorgesehen ist. Ob das Saarbeckengebiet im Sinne einer steuerrechtlichen Vorschrift als Inland anzusehen ist, bistimmt sich nach dem Zwecke der Vorschrift. Es kann einmal Ausland sein. Trotzdem kann ein Gesellschaftsvertrag nicht nochmals versteuert werden, wenn er schon vor dem Inkrafttreten des Versailler Friedensvertrages versteempelt war und die Gesellschaft im Inland eine Zweigniederlassung errichtet. Wohl aber tritt Stempelpflicht ein, wenn sie ihr Grund- oder Stammkapital erhöht.

Die Befugnisse der Verwaltungsabbaukommission. Die Verwaltungsabbaukommission hat durch einen Beschluß der Reichsregierung eine Reihe von einschneidenden Befugnissen erhalten. Der Vorsitzende darf zu deren Beratungen Vertreter des Ressorts und andere Sachverständige als Gutachter hinzuziehen. Die Ressorts haben jede Auskunft zu erteilen sowie Vorschläge zum Abbau zu machen. Die Kommission kann dafür Fristen bestimmen. Die Ressorts sind verpflichtet, den Beschlüssen der Kommission zu entsprechen. Sie darf die Ausführung ihrer Beschlüsse überwachen. Gegen solche kann die Entscheidung der Reichsregierung innerhalb einer Woche eingeholt werden. Hat das Reichskabinett nicht binnen 3 Wochen endgültig entschieden, so gilt der Einspruch als erledigt. Der Reichskanzler kann die Frist verlängern. Die Befugnisse des Reichssparkommissars werden hiervon nicht berührt.

Das Heiraten nimmt wieder ab. Das Heiraten hatte nach dem Kriege ganz ungewöhnlich zugenommen. Jetzt nähert sich dessen Häufigkeit wieder mehr und mehr dem Vorkriegsstand. 1913 kamen 7,7 Eheschließungen auf 1000 Einwohner und aufs Jahr, 1921 dagegen 11,8, im Jahre 1922 dagegen nur noch 11,1. Am meisten geheiratet wurde in diesem letzten Vierteljahr in Hamburg mit 13,1, Schaumburg-Lippe 12,4, in der Rheinprovinz 12,1 und Berlin mit 11,9. Am wenigsten Heiraten gab es in Ostpreußen und Württemberg mit 8,4. Besonders stark war die Abnahme gegen das Vorjahr in Braunschweig von 14,1 auf 10,7, Sachsen von 14,8 auf 11,8, Oldenburg von 14,3 auf 10,9, sowie Thüringen und Bremen von 14,0 auf 11,0. Besonders vielfach war die Abnahme in den Städten und Industriegegenden, ganz besonders im Mitteldeutschen.

*

Neu-Rössen und zweckverbandsgemeinden.

Ausschuß für Bildungswesen Neu-Rössen. Der für heute Abend angesetzte lustige Vortrags-Abend Senff-Georgi muß wegen Erkrankung des Vortragenden auf Anfang März verschoben werden. Der Termin wird noch bekannt gegeben. Die gelösten Karten behalten Gültigkeit.

*

Rückeln, 13. Februar. (Deutschnationale Versammlung.) Am Mittwoch sprach hier der Reichstagsabgeordnete Leopold über „Die Gründe unserer Wirtschaftsnot und ihre Abhilfe." Der Redner zeigte zunächst, wie die falschen geistigen Prinzipien, auf denen unsere Politik in der Vorkriegszeit aufgebaut war, zum wirtschaftlichen Konkurrenzkampf und zum Weltkriege führten. Das Ziel der Feinde, Deutschlands Vernichtung, erkannte das Volk auch bei Kriegsende noch nicht, sondern folgte trügerischen Versprechungen. Die schweren Waffenstillstandsbedingungen, das Versailler Diktat mit seinen unerhörten Forderungen und die jahrelange Erfüllungspolitik haben die deutsche Wirtschaftskraft sehr geschmälert. Kapitalschwund und Rückgang des Arbeitsertrages haben uns an den Rand des Verderbens gebracht. Es kann nur wieder besser werden, wenn kein Kapital mehr ausgeliefert und im Innern ruiniert wird, wenn die Produktion durch Mehrarbeit gehoben und verbilligt wird, wenn wir uns auf nationalem Boden zusammenfinden und zum Ganzen streben. In der Diskussion versuchten kommunistische Redner verlaufte, von der Praxis längst widerlegte Dogmen zu verteidigen, erhielten aber von Bergwerksdirektor Leopold die gebührende Antwort. Der russische Sprengungstrupp versuchte sogar das Absingen des Deutschlandliedes zu stören, hatte aber keinen Erfolg. Der Vortrag hat sehr zum Verständnis der schwierigen Wirtschaftsprobleme beigetragen.

Aus dem Elsterlale, 13. Februar. (Krähenschaden.) Im Herbst und Winter vereinigen sich die Krähen zu Scharen, die nach Hunderten und aber Hunderten zählen. In diesen Mengen werden sie der Landwirtschaft schädlich; denn wehe dem jungen Saatfelde, besonders Weizen, auf dem sie einfallen. So konnte man bei dem Tauwetter beobachten, daß viele Krähen nach Schwinden der Schneedecke, unter welcher noch spät bestellter Weizen aufgegangen war, sich auf solchen Flächen versammelten, die jungen Sprossen im Keimprozeß befindlichen Körner herauszogen und letztere verzehrten. Nicht unberträchtlichen Schaden haben sie solchen jungen Saatfeldern zugefügt, wenn nicht geeignete Abwehrmaßregeln getroffen wurden. Der dünne Stand im Frühjahre ist vielfach auf solche Krähenschäden zurückzuführen und sich notwendig machende Neubestellungen sind oftmals die Folge. Darum sind Abwehrmaßnahmen dringend geboten.

Aus der Elster- und Luppenaue, 13. Februar. (Wintergewitter.) Die gewaltigen Sturmbewegungen in vergangener Woche waren am Dienstag abends zwischen 8 und 9 Uhr und am Mittwoch morgen von elektrischen Entladungen begleitet. Am stark bewölkten Südwestschimmel zuckten bei wirbelnden Schneeflocken grelle Blitze auf und trotz dem Sturmgetöse war dumpfrollender Donner vernehmbar. Die Erscheinung war jedoch nur von kurzer Dauer; denn bald zerriß der Wolkenschleier und heller Himmel war wieder sichtbar. Am elektrischen Licht war ein plötzliches Aufleuchten mit größerer Lichtstärke mehrmals bemerkbar. Während bei uns derartige Naturereignisse selten sind, treten im Norden Wintergewitter verhältnismäßig öfter auf als Sommergewitter.

Lochau, 13. Februar. (Industrielles.) Durch das stetige Fortschreiten des Tagebaues der Grube Hermine Henriette II hier nach Osten ist die Einziehung der in die Feldflur führenden Triftwege die unausbleibliche Folge. Es sind deshalb seitens der Grubenverwaltung mit den Interessenten wegen der Anlage von Ersatzwegen und dadurch sich ergebenden Umwegen in der Ackerbewirtschaftung Unterhandlungen gepflogen worden und Vereinbarungen getroffen. Eine Verlegung der jetzt an der Kreisstraße nach Döllnitz zu befindlichen Kontor-, Lager- und Betriebsräume in die Nähe der Kreisstraße von Lochau nach Gröbers ist auch nur eine Frage der Zeit. Das Siedlungsrecht haben die Rtedeschen Montanwerke erworben; den Grundstücksbesitzern steht ein Anrecht auf die Kohle nicht zu. Zum Zwecke der Kohlengewinnung müssen mit den Besitzern wegen Ankaufs der Ländereien Verträge getätigt werden. Umfangreiche Kohlenfelder haben die Werke bereits erworben.

Weseritz, 13. Februar. (Leichenfindung.) Am 2. November v. Js. ertrank in der Elster, oberhalb der hiesigen Mühle, bei einer Kahnfahrt der Flurschutzbeamte Kalkwasser. Alle Nachsuchungen nach dem Ertrunkenen verliefen resultatlos. Am Sonnabend, also nach 3 Monaten schwamm die Leiche am Mühlenwesen an und wurde geborgen.

Letzte Depeschen

Der Dollar 4200000000000.

Berlin, 14. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Amtlich notierte der Dollar 4 189 500 000—4 210 500 000 bei 3 Prozent Zuteilung.

London 18 054 750—18 145 250 000 000.
Paris 191 520—192 480 000 000.
Schweiz 730 170—733—830 000 000.
Amsterdam 1 571 063—1 578 937 000 000.
Stockholm 1 101 240—1 106 760 000 000.
Kopenhagen 606 330—669 670 000 000.
Prag 121 695—122 305 000 000.
Wien 59 3351—59 649 000 000.
Rom 184 538—185 462 000 000.

*

Der Ausnahmezustand aufgehoben!

Berlin, 14. Februar. (Eig. Drahtber.) Auf Vorschlag des Chefs der Heeresleitung General von Seeckt, hat der Reichspräsident in Uebereinstimmung mit dem Reichskanzler beschlossen, den Ausnahmezustand ab 1. März aufzuheben.

Keine Militärkontrolle durch den Völkerbund.

London, 14. Februar. Das englische Auswärtige Amt veröffentlicht eine Erklärung, wonach die Meldung, die englische Regierung habe vorgeschlagen, die Militärkontrolle in Deutschland durch den Völkerbund ausüben zu lassen, verfrüht sei. Ein solcher Vorschlag könne erst erörtert werden, wenn Deutschland Mitglied des Völkerbundes sei.

Eine englische Anfrage an Deutschland.

London, 14. Februar. Wie verlautet, soll sich die englische Regierung inoffiziell in Berlin erkundigt haben, wie sich die deutsche Regierung verhalten würde, wenn England offiziell die Zulassung Deutschlands zum Völkerbunde vorschlagen würde.

Ein türkisch-deutscher Freundschaftsvertrag?

London, 14. Februar. Aus Konstantinopel wird der „Morning Post" mitgeteilt, daß am vergangenen Freitag der Vertreter der deutschen Regierung in Konstantinopel eintraf, um einen Freundschaftsvertrag zwischen Deutschland und der Türkei abzuschließen.

Die Hebung der deutschen Flotte bei Scapa Flow.

Paris, 14. Februar. Wie aus London gemeldet wird, wird Ende März mit der Hebung der deutschen bei Scapa Flow versenkten Flotte begonnen.

Handel und Verkehr.

Devisenmarkt.

Berlin, 13. Februar. Die Konzertorders auf dem Devisenmarkte lassen nach. Zweifellos infolge des energischen Zugriffs der Reichsbank gegen die schuldigen Firmen. Folgende Firmen sind des weiteren vom Giro- und Kreditverkehr ausgeschlossen: Veitt L. Hamburger, Karlsruhe, J. Dreyfus u. Co., Berlin und 2 weitere Berliner Bankfirmen. Die Ermittelungen gehen weiter. Die Markbefestigung im Auslande schreitet fort. Die Zuteilung konnte auf 3 bis 5 Prozent erhöht werden, für Nebendevisen sogar auf 10 bis 100 Prozent. Dollarschatzanweisungen mußten wieder gestrichen werden. Goldanleihe unverändert. Polennoten 433—467 000, Oesterreicher 59 351—59 649 000.

Effektenbörse.

Berlin, 13. Februar. Der anfänglich sehr schwachen Haltung folgte später eine gewisse Erholung. Der Geldmarkt zeigte sich wieder erheblich flüssiger. Tägliches Geld war mit 1/4 pro Mille angeboten.

Am Montanmarkt verloren (in Prozent) Kattowitzer 6, Köln-Neuessen 3,5, Stollberger Zink 2,5, Rheinische Braunkohlen 2,25. Fester eröffneten Harpener plus 1, Rheinstahl und Klöckner plus 0,75, Oberbedarf plus 0,5 nach plus 0,25. Später entwickelte sich ein lebhafteres Geschäft in Hohenlohe. Am Kalimarkt Deutsche Kali minus 5, Westeregeln minus 2 und Salzdetfurt minus 1,25. Im Markt der chemischen Werte schwächer Griesheim um 1,75, Agfa um 1,5, höchster Farben und Rütgers um 1,25. Von ihnen erholten sich später Griesheim um 0,5. Fester Scheidemandel, die bei großem Geschäft 1,5 gewannen. Elektrowerte fast ausnahmlos schwächer, namentlich Schuckert minus 1,75, Siemens u. Halske und El. Licht und Kraft minus 1,5. Nur El. Unternehmungen waren etwas fester mit plus 1/2. Von Waggonwerten Linke-Hofmann minus 5. Metalle und Maschinen teilweise stark geschwächt, so Augsburg-Nürnberger und Hirsch Kupfer je minus 3,5, Berlin-Karlsruher Industrie minus 2, Hirsch Kupfer konnten später 1 zurückgewinnen. Im weiteren Verlaufe lagen schwächer u. a. Körting mit minus 1, während ein Teil der anfangs rückgängigen Werte nachher wieder aufholen konnte. Vom Textilmarkt sind als abgeschwächt zu nennen: Nordwolle minus 2,5, Schlesische Textil minus 2; Stöhr gewannen in der dritten Notiz 2,75. Am Spritmarkt waren Ostwerte um 1,25 aufgebessert. Am Markt der verschiedenen Werte verloren Charlottenburger Wasser 1, stärker abgeschwächt Neu-Guinea minus 1,5. Petroleumwerte sämtlich abgeschwächt, namentlich Deutsche Erdöl minus 2. Von Schiffahrtswerten schwächer Hansa minus 0,75, Roland minus 1. Aufgebessert Stettiner Dampfer plus 1.

Bankwerte wenig Bewegung. Disconto minus 1, Darmstädter und Nationalbank minus 0,5.

Am Rentenmarkt waren deutsche Renten durchweg schwächer mit Ausnahme der Kriegsanleihe, die sich behaupten konnte. Sonst sind zu nennen: 4proz. Reichsanleihe minus 45, 3½proz. minus 35, 3proz. unverändert, 4proz. preuß. Konsols und 3½proz. je minus 10, 3proz. minus 5 Milliarden.

Notierte Werte: Adler Kohle 22,5, Becker Kohle und Becker Stahl 11—11,5, Benz 6,5, Berlin-Halberstädter Industriewerke 0,650, Elitewagen 2,85, El. Osmose Heber 1,1, Frister u. Roßmann 3,5, Grade Auto 1,1, Grade Motoren 3, Gummiwerke Elbe 27, Hochfrequenz 21, Kabel Rheydt 15,75, Meurer Spritzmetall 0,8, Mudenthal 0,32, Nienburger Eisen 1,75, Oswald Film 0,6, Schebera 4,75, F. Sichel 11,5, Stock u. Kopp 1,2—1,0, Stoewer Auto 6,5, Textil Meyer 1,05, Thür. Uhren 2,5, Tiag 3,5, Ufa Film 10,5, Ver. Zeitzer 11,5—12, Werra Metall 1,1, Heidburg Porz. 69, Niederlachsen 8,75, Krügershall 14, Hallesche, Hannoversche und Adler Kali je 36, Ummendorf 2,5, Kaolw 1,5, Sloman Salpeter 26, Südsee-Phosphate 17,5, Diamond 18, Salitrera 300, Deutsche Erdöl, junge 75,5, Deutsche Petroleum 27,5, Apu 95, Api 9,75.

Produktenmarkt.

Berlin, 13. Februar. Die Haltung war heute ausgesprochen matt. Die Käufer hielten äußerst zurück und die Preise kamen z. T. erheblich ins Weichen.

Mittagsbörse: Amtlich notiert wurden Getreide und Oelsaaten per 1000 Kg., sonst per 100 Kg. (in Goldmark): Weizen, märk. 158—162, Roggen, märk. 130—137 pomm. 127—129, westpr. 126, Braugerste 151—161, Futtergerste 135—142, Hafer, märk. 103—109, pomm. 100—105, Weizenmehl per 100 Kg. frei Berlin brutto inkl. Sack (feinste Marken über Notiz) 24,75—27, Roggenmehl 21,75—23,75, Weizenkleie frei Berlin 8, Roggenkleie 6,60—6,70, Raps 290—295, Leinsaat 420—440, Viktoriaerbsen 25—26 kleine Speiseerbsen 18—19,50, Futtererbsen 13—15. Peluschken 13—14, Ackerbohnen 13—15, Wicken 13—15. Lupinen, blaue, 14—14,50, gelbe 15—16, Seradella 14—14,50, Rapskuchen 10—10,50, Leinkuchen 22—23, Trockenschnitzel 7,80—7,90, vollwertige Zuckerschnitzel 16, Torfmelasse 30/70 8, Kartoffelflocken 16.

Berliner Schlachtviehmarkt vom 18. Februar.

Auftrieb: Rinder 1378, Bullen 375, Ochsen 333, Kühe und Färsen 680, Kälber 1665, Schafe 2161, Schweine 17 808, Ziegen 18, Auslandsschweine 285. Marktverlauf: Bei Rindern ruhig, bei Kälbern, Schafen und Schweinen glatt. — Ochsen: Vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes 40—46, do. im Alter von 4—7 Jahren 36—38, junge, fleischige, nicht ausgemästete und alte ausgemästete 33—35, mäßig genährte junge, gutgenährte ältere 28—30.

Bullen: Vollfleischige, ausgemästete, höchsten Schlachtwertes 39—40, do. jüngere 35—36, mäßig genährte jüngere und gutgenährte ältere 30—34. — Färsen und Kühe: Vollfleischige, ausgemästete Färsen, höchsten Schlachtwertes 38—43, do. Kühe höchsten Schlachtwertes 38—43, ältere ausgemästete Kühe und wenig gut entwickelte jüngere Kühe und Färsen 32—36, mäßig genährte Kühe und Färsen 28—30, gering genährte Kühe und Färsen 20—25, gering genährtes Jungvieh (Fresser) 30—35. — Kälber: Doppellender, feinste Mast-, feinste Mastkälber 80—90, mittlere Mast- und beste Saugkälber 60—70, geringe Mast- und gute Saugkälber 45—55, geringe Saugkälber 35—40. — Schafe: Mastlämmer und jüngere Mastlämmer 46—52, ältere Masthammel, geringe Mastlämmer und gut genährte junge Schafe 40—45, mäßig genährte Hammel und Schafe 30—39 Mastlämmer —, geringe Lämmer und Schafe — Schweine: Vollfleischige, 240—300 Pfund Lebendgewicht, do. 200—240 Pfund Lebendgewicht 67—68, do. 160—200 Pfund Lebendgewicht 65—68, do. 120—160 Pfund Lebendgewicht 62—65, do. unter 120 Pfund Lebendgewicht 58—60, do. über 120 Pfund Lebendgewicht 54—56, Sauen 60—65.

Ziegen: 20—22.

Magerviehmarkt Friedrichsfelde bei Berlin am 13. Februar.

Schweine- und Ferkelmarkt.

Auftrieb: 233 Schweine, 455 Ferkel, Verlauf des Marktes: Ruhig bei unveränderten Preisen. Es wurden gezahlt im Großhandel: für Läuferschweine: 7—8 Monate alt Stück 40—60, 5—6 Monate alte Stück 25—35; für Pölke: 3—4 Monate alt Stück 18—22; für Ferkel, 9—13 Wochen alt Stück 15—18, 6—8 Wochen alt Stück 10—15.

Berliner Metallpreise am 13. Februar:

Elektrolytkupfer 123,25, Raffinadekupfer 1,10—1,12, Weichblei 0,51—52, Rohzink 0,64—67, Aluminium 2,10, Banka-zinn 5—5,10, Reinnickel 2,30—2,40, Barrensilber (ca. 900 fein) 92,50—93,50.

Frankfurter Häuteauktion am 13. Februar:

Auf der Häuteauktion wurden für das Bayerische Gefälle folgende Preise erzielt (in Goldpfennigen): Kühe mit Kopf bis 49 Pfund 82—88, 50—59 Pfund 77,75—87,75; 60—79 Pfund 82,25—87,25, 80 Pfund aufwärts 80—82,50. Rinder mit Kopf bis 20 Pfund 109,75; 30—49 Pfund 96—108,25; 50—59 Pfund 88—93,50; 60—79 Pfund 85—89,75; 80 Pfund aufwärts 86. Ochsen mit Kopf bis 29 Pfund 106,25; 30—49 Pfund 95—100; 50—59 Pfund 85—88,75; 60—79 Pfund 84—89; 80—99 Pfund 80—86,75; 100 Pfund aufwärts 74,25—78,75. Bullen mit Kopf bis 29 Pfund 107,75; 30—49 Pfund 95—101,50; 50—59 Pfund 78,50—82,75; 60—79 Pfund 80—84; 80—99 Pfund 76,50—82,25; 100 Pfund aufwärts 74—85. Kühe ohne Kopf bis 49 Pfund 88,75—91,50; 50—59 Pfund 86—98,25; 60—79 Pfund 87,50—94; 80 Pfund aufwärts 86,50.

Verantwortliche Redaktion: Politik, örtl. und prov. Teil: K. Hennemeyer — Sport: A. Rank — **Anzeigen:** A. Rank. — **Druck und Verlag:** Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Balz, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 6 Seiten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240214-18/fragment/page=0003

Pfalz-Kundgebung

Am kommenden Sonntag findet im Tivoli, um 11 Uhr vormittags eine große nationale Kundgebung statt, um gegen die unerhörte **Mißhandlung der pfälzischen Bevölkerung** unter französischer Begünstigung durch das **Separatisten-Gesindel**

feierlichen Einspruch einzulegen.

Herr Nicolaus Schäfer wird die Ansprache halten und der **Männer-Gesangverein Neu-Rößen,** dessen Mitglieder großenteils Pfälzer sind, die Feier durch Vorträge verschönern helfen.

Alle Volkskreise werden zur Teilnahme herzlichst aufgefordert. Alles was deutsch denkt und fühlt, muß dazu erscheinen.

Alt-Heidelberg

Schauspiel in 6 Akten nach M. Mayer u. Förster mit Gesang.
Hauptdarsteller: **Paul Hartmann, Eva May, Werner Kraus.**
Gesanglich mitwirkende im Studentenkostüm:
Curt Brinken, Rheinischer Heldenbariton, usw.
Hierzu ein passendes Beiprogramm
in den **Kammer-Lichtspielen.**

Der geheimnisvolle Dolch!
5. Teil **Die Spuren des Todes.**
Amerikanisches Sensationsdrama in 6 Akten mit **Eddi Polo.**

Der Sünde Sold.
Gesellschaftsdrama in 5 Akten mit **Ester Carena.**

im Modernen Theater.

Union-Theater.

Beth's Gesellschaftshaus Hallesche Str. 26

Freitag — Montag

6 Akte — 1. — 6 Akte

Der große Sensationsfilm:

Die brennende Kugel.

In der Hauptrolle:

Alfred Galaor,

der neue Star der Sensation.

Ein Zirkus-Großfilm unter Mitwirkung von **Käthe Haack, Carl Auen, Rudolf Lettinger, Camilla v. Hollay, Friedr. Kühne.**

Aus dem Inhalt: Galaors Sieg über den Ringkämpfer Hotchkiß. — Der nächtliche Ueberfall. — Im Kampf mit Falschmünzern. — Galaor rettet die Schulreiterin. — Die Hauptattraktion im Zirkus: Galaor in der brennenden Kugel. — Ein Schurkenstreich: Galaor dem Flammentod in der Kugel ausgesetzt. Entsetzen im Zirkus. Mit übermenschlicher Anstrengung bricht er die Kugel auseinander und liefert die Verbrecher der Polizei aus.

Alfred Galaor

macht sich denkbar gut als Kraftmensch und berührt sympatisch m. seinem ruhigen, natürl. Spiel.

Ein Film der verwegendsten Situationen.

2 Akte — 2. — 2 Akte

„Fatty" als Bühnenheld

voller Tollheiten und origineller Schnurren des quecksilbrigen Dicken, der unwiderstehlich zum Lachen reizt.

— 3. —

Auf der Bühne:

Persönliches Auftreten des original-indischen Tempeltänzers

Sidu Ching

— aus Colombo-Dehli —

mit dem Mädchen aus Java **Mytra Rhani**

und Ukrainerin **Sonja Alexandrowna**

in original indischen mimischen Tanzhandlungen

Spielplan vom 15. bis 18. Februar.

Ihe Nautsch.

Indische Ballszene

in 3 zusammenhängenden Tanzhandlungen.

a) **Die Lieblingsfrau des Maharadscha,**
b) **Indisches Palastleben,**
c) **Tanz im Harem.**

? ? ? Hoybei ? ? ?

Mimisch choreographisches Meisterwerk

a) die weiße Sklavin. b) Tempelszene.
c) Tanz d. Tempelmädchen. d) Haremstanz

Infolge des außergewöhnlichen Programms etwas erhöhte Preise.

Anfang täglich 5½ und 8 Uhr.
Sonntags 4 und 8 Uhr

Kirchlicher Verein des Neumarkts.

Familien-Abend

Montag, den 18. Februar 1924, abends 7½ Uhr, im „Strandschlößchen".

Musikalische Darbietungen. Aufführung eines ernsten vaterländischen Schauspiels. — Gäste, auch aus anderen Gemeinden, willkommen. **Der Vorstand.**

Deutschnation. Krankenkasse, Hamburg

Verwaltungsstelle Merseburg a. S.

Jahres-Hauptversammlung

am **Freitag,** den 15. Februar, 8 Uhr abends, in Beth's Gesellschaftshaus.

Tagesordnung:

1. Jahresbericht 1923.
2. Neuwahl des Vorstandes.
3. Wahl der Stimmführer zur Jahreshauptversammlung der Hauptverwaltungsstelle Halle am 16. März 1924.
4. Vortrag des Geschäftsführers der Hauptverwaltungsstelle, Kollegen Treisch: „25 Jahre Berufskrankenkasse".
5. Anträge.
6. Verschiedenes.

Wir bitten um zahlreiches Erscheinen.

Der Vorsitzende.

Lehrgang zur Unterweisung in Handfertigkeiten

(Pappgestaltung, Buchbinden usw.) in der Jugendwerkstatt Alles Kloster. **Beginn: Dienstag, den 19. Februar, nachm. 5½ Uhr.** Jede Woche an zwei Abenden Unterweisung (Dienstag und Freitag von 5½—7½ Uhr). Unterrichtshonorar 60 Pf. für den Abend (bei Beteiligung von mindestens zehn Personen). Meldung beim Hausmeister im Jugendheim „Herzog Christian". **Hemprich.**

Versteigerung!

Sonnabend, den 16. Februar d. Js. ab vormittags 10 Uhr, versteigere ich im Gasthause **„Zur Funkenburg"** hier öffentlich meistbietend gegen sofortige Barzahlung u. a.: Kleiderschrank, Küchenschrank, Tisch, 3 neue eich. Stühle mit Gobelinbezug, 2 Beistellen m. Mtr., Nachttisch, Nähmaschine, andere Wirtschaftsgegenstände; Anzugstoffe, Kleidungsstücke, Schuhe.

Albert Franke, beeid. Auktionator, Merseburg.

Morgen, Freitag, nachmittags 3 Uhr, im **„Feldschlößchen"** Versteigerung von Acker- bezw. Bauland (siehe Inserat von gestern). Pro Parzelle sind 100.— Gmk. Bietungskaution sofort zu hinterlegen

A. Franke.

Heilkundiger für Homöopathie u. Biochemie

Otto Brack, Merseburg, Leunaerstr. 24

Sprechstunden: 10—12 vorm. und 3—5 nachm. nur Werktags.

Gestrickte

Damen-Jacken

in Wolle und Kunstseide

Jumper — Blusenschoner

Berchtesgadener - Jäckchen

empfiehlt in reicher Auswahl und vielen modernen Farben preiswert

M. Schnee Nachf.

A. & F. Ebermann

Halle a. S. — Gr. Steinstr. 34.

Fell-Woche!

Zahle Leipziger Auktionspreise für sämtliche Felle.

Extra-Preise

für **Kanin** und **Hasen!**

Leipziger Fell-Filiale

Halle a/S., Fleischerstr. 40.

Gesucht von anständigem Herrn

möbliertes Zimmer

Werte Offerten unter „Dringend" erbitte an die Geschäftsstelle Hälterstraße 4.

Wir bieten gegen Teilzahlung

(ohne Preiserhöhung)
die **billigste Qualitäts-Schreibmaschine**
in solidester Ausführung mit leichtem Gang und wunderbarer Schrift.

Schreibmaschinenhaus

Grünwald & Co., G. m. b. H.

Leipzig, Katharinenstr. 9.

Tel.-Adr.: Monogrün. Tel. 21977.

Klee- Saaten

Gras-
Futterkräuter-
Futterrüben-

nur hochwertige Qualitäten empfehle zu äußerst günstigen Preisen

Fritz Kühn, Querfurt.

Fernruf 47. — — Fernruf 47.

Sprechapparate und Schallplatten
bieten Wiedergabe v. Musik, Gesang u. Sprache in höchster Vollendung.

Reichhaltiges Lager bei
C. A. Klemm, Leipzig,
Neumarkt 26, Tel. 22 696.
Vorspiel bereitwilligst.

Zigaretten u. Rauchtabak für Händler und Gastwirte!

Golmst. reiner goldgelber Tabak per 1000 Stück Mk. 20.—. Rauchtabak Goldgelb, Packungen zu 00, 250 und 500 g per kg Mk. 6.—, liefert prompt per Nachnahme Zigarettengroßhandlung

D. Glaser, Leipzig,

Neumarkt 12. Telef. 23049.

Billiger Wohnungsbau

durch Weltpatentverfahren **„Rapid"** auf kaltem Wege, ohne besondere größere Anlagen, Normalsteine etc., jedes Form. in einigen Tagen schon verwendbar, evtl. direkt an der Baustelle, erstere bis 3000 täglich, zu fertigen.

Aussichtsreiche Existenz

durch Erwerb des alleinigen Fabrikat- und Vertriebsrechtes für begrenzten Bezirk. Vielseitig anderwärts von Behörden, Ziegeleien, Siedlungsvereinen etc. angekauft. Reflektanten mit einigen Barmitteln unter Angabe für welchen Kreis etwa Interesse, näheres durch

Rapid G. m. b. H.

Hannover, Bergmannstr. 7.

Kaufe jedes Quantum

Schlacken-koks.

Angebote unt. Nr. 466 24 an die Expedition d. Bl.

Geschäfts-Brief-Umschläge

mit und ohne Druck liefert schnell u. preiswert **Merseburger Tageblatt** (Kreisblatt)

Einen deckfähigen

Bullen

verkauft.

Rittergut Tragarth.

Tüchtige branchekundige und gutempfohlene

Verkäuferinnen

für bald oder 1. April gesucht.

Schriftliche Meldungen mit Angabe bisheriger Tätigkeit und Zeugnisabschriften erwünscht.

Otto Doßkowitz, Merseburg.

Mode- und Ausstattungshaus.

Die gute

6 Pfennig Zigarre

bekommt man bei

Hugo Thomas

Zigarrenfabrik

Oelgrube 5.

Von Sonnabend, den 16. ds Mts. ab steht wieder eine Auswahl 4—6 jähriger ostpreuß. und russischer

Acker- und Wagenpferde

sowie mehrere mittelschwere **kleine Pferde** preiswert zum Verkauf.

Louis Reimann,
Halle a. S.,
Landsbergerstr. 65.

Suche zu kaufen

Personen-Kraftwagen

Protos, NAG, Hansa Aga oder Wanderer.

Nur alleräußerste Offerten werden berücksichtigt.

Otto Barth,
Automobile,
Allstedt, Thüringen
Fernsprecher 20.

Speisezimmer
Herrenzimmer
Schlafzimmer
Küchen und
einzelne Möbel jeder Art
empfiehlt in großer Auswahl

G. Schaible

Möbelfabrik

Halle-S., Gr. Märkerstr. 26 am Ratskeller.

1000 Goldmark

gegen hohe Zinsen auf ein gr. Mon. tox. gesucht. Sicherheit 8 Morgen Feld. Ang. u. K. 6. a. d. Exp. d. Bl.

Sohn achtbarer Eltern, welcher Lust hat, **Bäckerhandwerk** zu erlernen, findet

gute Lehrstelle

bei

Oskar Zimmermann
Bäckermeister
Leipzig, Marschnerstr. 6.

Aufwartung

14—16 Jahre, für vorm. gesucht.
Annenstr. 19, part. links.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240214-18/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 38 des Merseburger Tageblattes

Donnerstag, den 14. Februar 1924.

Die Aussichten des Arbeitsmarktes.

Mitte Januar hatte Deutschland rund 3 Millionen unterstützte Erwerbslose, ebenso viele unterstützte Familienangehörige und 1,5 Millionen unterstützte Kurzarbeiter. Ungefähr die Hälfte dieser Personenzahl entfiel auf das besetzte Gebiet. Nun hat sich in den letzten Wochen nach den Berichten der Landesämter für Arbeitsvermittlung eine stetige Besserung der Lage auf dem Arbeitsmarkt ergeben. Bei der Mehrzahl der Industrie- und Gewerbebetriebe sowie im Handel macht sich eine teils stärkere, teils geringere Zunahme der Beschäftigungsmöglichkeit bemerkbar, die sich freilich nicht so sehr in einer Verminderung der Arbeitslosenziffer zeigt, als vielmehr in einem starken Rückgang der Kurzarbeit; sogar nach ungelerntem Personal war die Nachfrage etwas stärker.

Ob die günstige Entwicklung sich in diesem Tempo fortsetzen wird, erscheint jedoch reichlich zweifelhaft. Dagegen spricht schon die außerordentlich hohe Kapitalarmut, die es der Finanzwelt nicht ermöglicht, dem kapitalbedürftigen Gewerbe neue Betriebsmittel zuzuführen und dadurch die Arbeitsmöglichkeit zu vermehren. Kapital in dem benötigten Umfange ist in der Hauptsache nur im Ausland zu haben; dieses steht jedoch fast nur der Großindustrie — und das auch nur unter sehr schweren Bedingungen — zur Verfügung, während die kleineren und mittleren Betriebe nach wie vor auf das völlig unzureichende Inlandskapital angewiesen sind. Bevor nicht die Kapitalneubildung in Deutschland viel erheblicher als die bisherigen Fortschritte gemacht hat, wird es mit dem Angebot von Kapital und mit der Steigerung der Arbeitsmöglichkeit wahrscheinlich nicht besser werden. In größerem Umfange kann die Kapitalneubildung aber nur erfolgen bei einer vernünftigen Regelung der Reparations- und Ruhrfrage und bei einem nicht zu scharfen Anziehen der Steuerschraube. Die Erfüllung dieser beiden Voraussetzungen liegt jedoch vorläufig noch in weiter Ferne. Es zeigt sich jetzt immer wieder der enge Zusammenhang zwischen Kapital und Arbeitsgelegenheit, der vom Sozialismus bisher verleugnet wurde.

Sodann spielt eine sehr erhebliche wirtschaftshemmende Rolle die Frachtenbildung, die deshalb so außerordentlich wesentlich ist, weil in jedem Erzeugnis Frachtunkosten stecken. Bei Fertigerzeugnissen im Inlandsverkehr betragen je nach der Entfernung zwischen 100 und 400 km die Frachten immer noch durchschnittlich das rund 2,4—2,8fache der Vorkriegszeit; bei Fertigfabrikaten, die für das Ausland bestimmt sind, erhöhen sich die Sätze sogar auf das 3—3,6fache. Auch die Frachten für Roherzeugnisse liegen teilweise noch 70—100 Prozent über den Friedenssätzen, sind also ebenfalls untragbar. Durch solche Sätze muß der Preisstand natürlich beeinflußt werden: der Frachtenanteil am Warenpreis beträgt jetzt ein Mehrfaches der Vorkriegszeit. Solange hier die Verhältnisse sich nicht bessern, ist an weitere Preissenkungen und damit an eine Kaufkraftsteigerung nicht zu denken. Gerade die Steigerung der Kaufkraft bildet das wichtigste Problem. Sie wird dadurch beeinflußt, daß unter dem Zwang der Verhältnisse die Gehälter und Löhne zur Zeit relativ niedrig gehalten werden müssen. Viel wesentlicher ist jedoch, daß die Landwirtschaft, der größte Abnehmer der gewerblichen Erzeugung, unter einem erheblichen Mißverhältnisse zwischen ihren Einnahmen und Ausgaben leidet. Während sie für ihre Erzeugnisse nur rund 80 Prozent der Friedenspreise bekommt, muß sie für ihren Bedarf ungefähr 125 Prozent der Friedenspreise anlegen. Dieses Mißverhältnis muß natürlich die Kaufkraft der Landwirtschaft völlig lähmen. Da aber Landwirtschaft und Gewerbe in ihren Produktions- und Absatzbeziehungen auf einander angewiesen sind, ergibt sich der Rückschluß von selbst.

Wir sehen, daß der deutsche Arbeitsmarkt abhängig ist von der Entwicklung der Kapitalverhältnisse und der Reparationen, von der Tarifpolitik der Eisenbahnen und von der Stärkung der Kaufkraft. Es ist nicht anzunehmen, daß bei Fortdauer der jetzigen Sachlage eine baldige grundlegende Besserung der Arbeitsmarktverhältnisse sich herausbilden könnte. Mit Arbeitslosigkeit bezw. Kurzarbeit für mindestens 20 Prozent der Erwerbstätigen ist noch für längere Zeit zu rechnen.

Ueber den Landaufenthalt der Ruhrkinder

Aus dem Jahresbericht über die Kinderentsendung 1923 der Stadt Essen entnehmen wir folgendes:

„Die Gesamtzahl der durch die zusammenarbeitenden Vereinigungen entsandten Kinder beträgt 31 810. Bringt man das Gesamtergebnis in Vergleich mit den Belegungsziffern der Volksschulen mit 62 420 Kindern und die höheren Schulen mit 10 680 Schülern, so ergibt sich, daß 43,60 Prozent aller Kinder in Landaufenthalt gewesen sind.

Die Unterbringung in Landaufenthalt erfolgte immer unentgeltlich, so daß im allgemeinen die Eltern nur die Kosten für die Hin- und Rückreise anteilmäßig zu tragen hatten. Die Aufnahme der Kinder war überall gleich herzlich. Der Empfang namentlich der großen Transporte ging oft unter munteren Musikklängen und Gesang, unter Verabreichung einer warmen Stärkung mit nachfolgendem Weitertransport auf den beränzten Leiterwagen der Pflegeeltern vor sich. Der Rücktransport vollzog sich in ähnlicher Weise, nur daß hier statt des Gesanges häufig die Abschiedstränen der Pflegeeltern und Kinder festzustellen waren und von dem im Laufe der Monate entstandenen Zuneigungsverhältnis gaben. Dabei darf als selbstverständlich nicht verschwiegen werden, daß bei der großen Anzahl von untergebrachten Kindern auch Mißgriffe in der Auswahl der Pflegeeltern und Kinder vorgekommen sind, doch waren diese Fälle selten und beeinträchtigten in keiner Weise das große Liebeswerk. Die Dauer der Abwesenheit der Kinder von der Heimat schwankte zwischen 9 Monaten und 5 Wochen. Es darf gesagt werden, daß die Erfolge, die die gute Verpflegung und der Luftwechsel und auch das vielfach mit Recht erfolgte Anhalten zur leichten körperlichen Arbeit in dem Gesundheitszustand der Kinder hervorriefen, außerordentlich befriedigende waren und Widerstandskraft der Kinder erhöht haben. Schulärztliche Erhebungen haben bewiesen, daß das Durchschnittsgewicht 14jähriger Kinder mit 40 Kilogramm einer ganzen Schule, die im Landaufenthalt gewesen war, im Durchschnitt mit 3,5 Kilogramm überschritten wurde, während die gleichaltrigen Kinder einer anderen Schule die nicht in Landaufenthalt gewesen waren, ein Untergewicht von 5 Kilogramm im Durchschnitt aufwiesen. Erfreulich ist ferner noch die Feststellung, daß das Verhalten unserer entsandten Großstadtjugend mit wenigen Ausnahmen überall in den Aufnahmegebieten äußerst zufriedenstellend war. Der beste Beweis hierfür sind wohl die Wiedereinladungen, die im Monat Dezember sich schon etwa auf 500 beliefen.

Nun, nachdem sich dieses ganze Hilfswerk in dem ausgeführten Umfange abgewickelt hat, soll nicht vergessen werden allen, die an dem Zustandekommen und Gelingen der Entsendung mitgearbeitet haben, den Pflegeeltern, den Behörden und Hilfsorganisationen der Aufnahmekreise, insbesondere auch dem Reichslandbunde, dessen Entschlußkraft der Landaufenthalt des Jahres 1923 in erster Linie zu danken ist, auch der Essener Reichsbahn und Straßenbahn wie all den Helfern, die sich zur Begleitung zur Verfügung stellten und die unbeschreiblichen Verkehrsnöte, die so häufig das ganze Liebeswerk in Frage zu stellen drohten, überwinden halfen, den herzlichen Dank abzustatten. Den schönsten Dank aber werden sie selbst in ihrem Innern fühlen, wenn sie sich bewußt sind, daß sie mit dieser Arbeit für die Jugend wertvolle Arbeit fürs Vaterland geleistet haben."

An das deutsche Volk!

Unsere Brüder und Schwestern in der Pfalz und am Rhein leiden schwerste leibliche und seelische Not. Separatisten mit gedungenen landfremden bewaffneten Banden haben eine beispiellose Schreckensherrschaft aufgerichtet. Friedliche Bürger haben durch das verbrecherische Wüten Leben und Gesundheit, Haus und Heim verloren und schmachten in Gefängnissen. Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden sind lahmgelegt. Schwerste Eingriffe in die Rechtspflege sind erfolgt. Pressefreiheit und Versammlungsfreiheit bestehen nicht mehr. Niemand ist seines Lebens sicher. Hab und Gut sind verbrecherischen Anschlägen schutzlos preisgegeben. Niemand kann seine Meinung über die unerhörten Zustände frei äußern.

Hochverräter wollen der französischen Politik zum Siege verhelfen und mit Gewalt deutsches Land vom Reiche und von den Ländern losreißen. Alles dies geschieht ungestraft unter den Augen der französischen Besatzung und unter Bruch des Versailler Vertrages und des Rheinlandabkommens und hat sich bis zum äußersten gesteigert.

Treu stehen wir zu Pfalz und Rheinland, die treu und tapfer gegen hochverräterische Bestrebungen kämpfen.

Rheinlandnot ist deutsche Not.

Darum rufen wir alle Berufsstände in Stadt und Land, alle Parteien und Verbände auf Sonntag, den 17. Februar zum Pfalz- und Rheintag auf, zu einer Kundgebung der Brudertreue, zu einem

deutschen Opfertag.

Wir fordern die Wiederherstellung des Rechts und der verfassungsmäßigen Freiheit in der Pfalz. Wir protestieren gegen die französischen Annektionsabsichten und Loslösungsbestrebungen in der Pfalz und im ganzen Rheinland. Wir wollen durch reichliche Spenden beweisen, daß die Linderung der Not in der Pfalz und am Rhein eine Herzens- und Ehrensache des ganzen deutschen Volkes ist. Was immer geschehen mag, wir stehen nur um so fester zusammen. Es lebe die deutsche Pfalz, es lebe das Rheinland, es lebe das Vaterland.

Diktatur Millerand?

Paris, 14. Februar. Die Kammer wird heute vormittag zuerst von zehn zu Obstruktionszwecken eingebrachte Zusatzanträge der äußersten Linken zu dem Art. 2 der Regierungsvorlage zu erledigen haben. Dann beginnt die voraussichtlich lebhafte Debatte über den Artikel 3, der den Steuerzuschlag von 20 v. H. betrifft.

Herve fordert Poincare im Leitartikel der „Victoire" auf, der Obstruktion der Linken dadurch ein Ende zu machen, daß er im Verein mit Millerand Kammer und Senat als Kongreß nach Versailles beruft, um dem Präsidenten der Republik unter entsprechender Aenderung der Verfassung für sechs Monate diktatorische Gewalt zu erkennen zu lassen.

Die Wiederannäherung zwischen Millerand und Clemenceau wird von den meisten Blättern mit keinem Wort erwähnt. Der „Eclair" erklärt, im Elysee werde dementiert, daß der Präsident der Republik Clemenceau zu sich gebeten und ihm gewisse Vorschläge gemacht habe. „Oeuvre" glaubt es handle sich nur um Gerüchte, die dadurch entstanden seien, daß Millerand ein Parlamentarier gefragt hat: „Was meinen Sie zu Clemenceau?" Das Gericht sei dann von den Anhängern Poincares verbreitet worden, um den Gegnern des Kabinetts die Freude auf den Sturz Poincares zu nehmen.

„Homme libre", einst Clemenceaus Organ, erinnert den radikalen „Quotidien", der zuerst vom Besuch im Elysee gesprochen hat, warnend an das deutsche Sprichwort, daß man den Teufel nicht an die Wand malen solle. Das Blatt hebt hervor, daß die Organe der Linken auch im Jahre 1917 so lange die Rückkehr Clemenceaus ankündigten, bis er schließlich da war! Die gegenwärtige Obstruktionstaktik der Linken im Parlament sei die beste Vorbereitung für eine Rückberufung Clemenceaus.

Die neue Kohlenforderung der Micum.

Wie jetzt bekannt geworden, fordert die Micum von der Ruhrindustrie vom 1. März ab an Stelle einer prozentualen Abgabe der Förderung feste Monatslieferungen, und zwar in Höhe der Anforderungen, die vor dem Ruhrkampf gestellt worden waren, also rund 1,8 Millionen Tonnen monatlich.

Abgesehen von der technischen Unmöglichkeit für die Ruhrindustrie, unter den gegenwärtigen Förderungs- und besonders Geldverhältnissen diese Lieferungen oder auch nur die bisher geforderte Abgabe von insgesamt 27 v. H. der Forderung nach dem 1. März aufzubringen, sind die Rechtsgründe einer solchen Anforderung mehr als zweifelhaft.

Es ist nämlich Ende des Jahres 1923 von französischer amtlicher Seite festgestellt worden, daß die **Bergwerke in den Departements Nord und Pas-de-Calais** mit Ende des vorigen Jahres tatsächlich die **Förderung des letzten Vorkriegsjahres 1913 voll wieder erreicht** haben. Damit wird die Berechtigung Frankreichs zur Anforderung deutscher Kohle auf ein von dem Friedensvertrag genau begrenztes Quantum, und zwar 7 Millionen Tonnen jährlich, reduziert. Das wird durch Anlage V, Paragr. 2 der „Wiedergutmachungsbestimmungen" hinter Artikel 244 des Friedensvertrages ausdrücklich festgelegt mit den Worten: „Deutschland liefert an Frankreich während der Dauer von zehn Jahren 7 Millionen Tonnen Kohlen jährlich. Ferner liefert Deutschland an Frankreich jedes Jahr soviel Kohlen, als der Unterschied zwischen der Jahresförderung vor dem Kriege aus den Bergwerken des Nordens und des Pas-de-Calais, die durch den Krieg zerstört sind, und der Förderung aus den Bergwerken dieses Beckens während des in Betracht kommenden Jahres beträgt. Diese Lieferung findet 10 Jahre lang statt . . ."

Sieben Millionen Tonnen sind 585 000 Tonnen monatlich für Frankreich. Ueber dieses Quantum hinaus hat Frankreich

Joachim Nettelbeck.

1738—1824.

(5. Fortsetzung.)

Die Tränen drängten sich mir aus den Augen. Ich neigte mich rings herum; ich legte die Hand aufs Herz; ich dankte stammelnd und suchte einen Ausweg durch die immer gedrängter zusammenstürzende Menge. Zwar machten sie mir willig Platz, aber sie folgten mir auch mit anhaltendem Freudengeschrei: „Vivat der gerechte König!" Nie in meinem Leben fühlte ich mich geehrter und glücklicher, ein Untertan des großen Friedrich zu sein. Mein Herz ward mir zu schwer: ich schwankte, konnte nicht weiter und mußte mich erschöpft an eine Straßenecke lehnen. Nur meine erhobenen Hände, die ich unwillkürlich, wie zum Segen, nach dem Volke ausstreckte vermochten meinen Dank auszusprechen.

Endlich wankte ich wieder die Gasse hinauf, aber mit einem Schweiße von Menschen hinter mir, der sich mit jedem Augenblicke vergrößerte und den König von Preußen hochleben ließ. Im Hause meines Korrespondenten, in welches ich mit Mühe flüchtete, waren alle Türen und Fenster aufgerissen und mit verwunderten Zuschauern besetzt. Umsonst fragte man mich, was dies zu bedeuten habe. Mein bewegtes Gemüt fand keine Worte. Draußen aber stieg der freudige Tumult immer höher, und um das Volk zu beruhigen und vom Platze zu bringen, blieb mir nichts übrig, als auf den Balkon zu treten und mich noch einmal zu zeigen. Ich dankte mit Mund und Händen und allmählich verlief sich der Menschenstrom.

Hierauf erzählte ich meinem Tischgenossen die wundersame Begebenheit, welche ich soeben erlebt hatte, und die Arnoldsche Prozeßgeschichte, so gut sie mir bekannt war. Einer von den anwesenden Kontoristen versicherte jedoch, über diese noch genauere Auskunft geben zu können, ging hin und holte eine kleine portugiesische Flugschrift, die in einer treuen geschichtlichen Darstellung dem gerechtesten der Könige auch bei einem entfernten Volke ein verdientes Ehrenmal setzte. Hieran spiegelt euch, ihr Preußen!

*

Während dieser Zeit suchte ein holländischer Schiffskapitän namens Klock mich an meinem Bord auf, um mich zu ersuchen, daß ich ihn samt seinem Schiffsvolk, aus vierzehn Köpfen bestehend, als Passagiere mit mir nach Holland nehmen möchte. Da ich sein gutes und rechtliches Wesen erkannte, so gestand ich ihm nicht nur sein Gesuch von Herzen gern zu, sondern erbot mich auch, da er mir unterwegs von mannigfachem Unglück sein konnte, ihm und seinen Leuten von nun an bis zu unserer Ankunft in Amsterdam die freie Kost, so gut ich sie selber hätte, zu reichen. Freilich war das Menschen- und Christenpflicht, aber auch mein Patriotismus kam hier auf eine wundersche Weise mit ins Spiel, weil ich nicht schlechter an den armen Leuten handeln wollte, als — der Kaiser von Marokko. Das war so gewesen:

Kapitän Klock, der in Amsterdam zu Hause und dessen Schiff nach den kanarischen Inseln bestimmt war, fand es wegen der politischen Konjunkturen für ratsamer unter der preußischen als unter seiner vaterländischen Flagge zu fahren. Er ging also zuvor nach Emden, gewann dort um eine Kleinigkeit das Bürgerrecht und genoß von dem Augenblicke an die Rechte und den Schutz eines preußischen Untertans. So gesichert, stach er in See, hatte aber das Unglück, sein Schiff an der marokkanischen Küste durch einen Sturm zu verlieren. Nur kümmerlich rettete er sich samt seinen Gefährten ans Land, wo sie freilich nur Ketten und Banden zu erwarten hatten. Ein schreckliches Loch war ihr Gefängnis, wo sie bei Maisekörnern und Wasser zwischen Tod und Leben in schrecklicher Angst über ihr Schicksal hinschmachteten. Denn sobald hatte man sie verständigt: man wisse nicht, was man aus ihnen und ihrer aus Land getriebenen Flagge machen solle. Es sei daher die letztere an das dreißig Meilen entfernte Hoflager des Kaisers gesandt worden und von dorther erwarte man eine Verfügung.

Nach neun Tagen endlich erschien vor ihrem Kerkerloche ein gewaltiger Trupp bewaffneter Mauren; ihre Banden lösten sich und sie wurden jeder auf einen Esel gesetzt, um eine Reise anzutreten, deren Ziel sie nicht zu erraten vermochten, wiewohl sie ahnten, daß man sie tiefer landeinwärts zu verbannen gedenke. Diese Furcht endigte sich aber, als sie die Hauptstadt Marokko erreichten, wo ein deutscher Jude als Dolmetscher sich zu ihnen gesellte und sie, laut erhaltenem Befehl, alsbald vor den Kaiser Muley Ismael führte. Hier wurden sie aufgefordert sich auszuweisen, als sie Unterthanen des Königs von Preußen wären. Sie standen nicht an, dies zu bejahen und sich auf ihre Flagge zu berufen.

„Wohl!" lautete die durch den Dolmetscher erteilte Antwort des Fürsten — „von euerem Monarchen, seiner Weisheit und seinen Kriegen sind so viele Wunderdinge zu meinen Ohren gekommen, daß es mich mit Liebe und Bewunderung gegen ihn erfüllt hat. Die Welt hat keinen größeren Mann als ihn, als Freund und Bruder habe ich ihn in mein Herz geschlossen. Ich will darum auch nicht, daß ihr, die ihr ihr angehört, in meinem Staate als Gefangene angesehen werden sollt. Vielmehr habe ich beschlossen, euch frank und frei in euer Vaterland hinzuschicken, auch meinen Kreuzern anbefohlen, wo sie preußische Schiffe in See antreffen, ihre Flagge zu respektieren und sie selbst nach Möglichkeit zu beschützen."

Des anderen Tages wurden sie auf kaiserlichen Befehl nach maurischer Weise (wie sie auch noch in Lissabon auftraten) neu gekleidet und ihnen eine anständige Wohnung angewiesen. Den Kapitän ließ Mulay Ismael fast täglich zu sich fordern, um Fragen an ihn zu richten, die fast alle den großen Preußenkönig bezogen: z. B. von welcher Statur er sei? wie lange er schlafe? was er esse und trinke? wieviel Soldaten — auch wieviel Frauen er halte? und dergleichen mehr. Der gute Klock gestand, er habe lügen müssen, wie er nur immer gekonnt, um der kaiserlichen Neugierde nur einigermaßen zu genügen, da ihm von all diesen Dingen herzlich wenig bewußt gewesen.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240214-18/fragment/page=0005

nach der Wiederherstellung seiner Bergwerke, für deren Zerstörung obendrein als Ersatz nach Artikel 45 des Versailler Vertrages die dauernde Abtretung der Saargruben, die allein mehr als diese zerstörten Gruben liefern, erhalten hat, künftighin nichts mehr an Kohlen zu fordern. Die Abdeckung der Rückstände aus der Zeit des Ruhrkampfes ist eine Frage, deren Erledigung den Verhandlungen über den modus vivendi zukommt und deren sofortige Beitreibung jedenfalls weder einem dringenden Bedarf, noch dem Gebot der Gerechtigkeit, noch dem Vertragssinn entspricht.

•

Jaspar über die Arbeit der Sachverständigen.

Belgischer Glaube und Hoffnung.

Brüssel, 13. Februar. Im gestrigen Ministerrat machte nach der „Etoile Belge" Jaspar seinen Kollegen vertrauliche Mitteilungen über den Stand der Arbeiten der Sachverständigenausschüsse in Berlin, ohne einen ausgesprochenen Optimismus auszudrücken, könne man sagen, daß der Ausschuß für das deutsche Budget und die Zahlungsfähigkeit Deutschlands zu Feststellungen gekommen sei, die von den belgischen technischen Studien nicht weit entfernt sind. Die Sachverständigen schienen der Ansicht zu sein, daß Deutschland in die Lage kommen könne, jährliche Reparationszahlungen zu leisten, ohne daß die Gesamtschulden der Reparationsschulden herabgesetzt würden (?). Die „Nat. Belge" schreibt, daß die von den Sachverständigen vorgenommenen Schätzungen die Schätzungen der belgischen Regierung sogar noch übertrafen.

•

Die Eisenbahnverhandlungen über die Kölner Zone.

Köln, 13. Februar. Wie nunmehr feststeht, werden die Verhandlungen über die Festsetzung der Regelung des Grenz- und Durchgangsverkehrs zwischen der britischen Zone und der Regie am Donnerstag in Mainz beginnen. Das schwierigste Problem der Verhandlungen wird die Verteilung der Einnahmen sein. Nach einem Vorschlag der Engländer sollen die Einnahmen innerhalb der englischen Zone und aus dem Verkehr von dieser nach dem unbesetzten Gebiet der deutschen Eisenbahnverwaltung zufallen, während die Einnahmen aus dem Verkehr von der französisch-belgischen Regie in das britische Gebiet der Regie zufallen sollen. Deutscherseits hält man bei diesem Vorschlag den gewaltigen Durchgangsverkehr durch die englische Zone für nicht genügend berücksichtigt. Die Klausel des Koblenzer Abkommens, welche die finanzielle Verteilung betrifft, kann nach vierwöchiger Frist gekündigt werden.

Eisenbahnerteilstreik im Direktionsbezirk Elberfeld.

Elberfeld, 13. Februar. Am Montag und Sonntag ist es an verschiedenen Stellen im Bezirk der Reichsbahndirektion Elberfeld zu Arbeitseinstellungen von Streckenarbeiter gekommen. Der Zugverkehr ist nicht behindert. Die Bewegung kann zur Stunde überhaupt schon als beendet angesehen werden. Auch Güterbodenarbeiter sowie Bauarbeiter und Werkstättenarbeiter sind verschiedentlich in den Ausstand getreten, um gegen die ungenügende Lohnzahlung zu protestieren. Die christlichen wie auch die freien Arbeitnehmerverbände dieser Fachgruppen stehen dem Streik fern. Verhandlungen bei der Reichsbahndirektion Elberfeld sind bisher ergebnislos verlaufen. Die Direktion wird die ausständigen Arbeiter deshalb jetzt auffordern, bedingungslos die Arbeit wieder aufzunehmen, andernfalls sie sich als entlassen zu betrachten haben.

Der Textilarbeiterstreik in Barmen.

Barmen, 13. Februar. Zwecks Beilegung des Textilarbeiterstreiks in Barmen haben gestern Einigungsverhandlungen stattgefunden. Die Arbeitgebervertreter machten entgegenkommende Lohnvorschläge, wonach der Mindestlohn 42 der Höchstlohn 49 Pfg. die Stunde betragen soll. Die Arbeitnehmervertreter haben noch keine Stellung dazu genommen. — Der Streik in der Elberfelder papierverarbeitenden Industrie ist beigelegt worden. Man einigte sich auf einen Durchschnittsstundenlohn von 50 Pfg. bei grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Achtstundentages.

•

Die Reise Meerfelds nach London.

Köln, 13. Februar. Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete und Kölner Beigeordnete Dr. Meerfeld hat sich, wie schon kurz gemeldet, vorgestern mittels Flugzeugs zu einer politischen Besprechung nach London begeben. Meerfeld gehört dem 60er Ausschuß für die besetzten Gebiete an und hat in dieser Eigenschaft noch in der vorigen Woche an den Beratungen der Reichsregierung in Berlin teilgenommen. Zu den führenden Männern der neuen englischen Regierung, insbesondere Macdonald und Henderson, die in früheren Jahren wiederholt in Köln gewesen sind, hat Meerfeld als Sozialist nahe Beziehungen. Die Stellungnahme der Sozialdemokratie zu den rheinischen Fragen dürfte bei den Besprechungen, die Meerfeld mit Macdonald und anderen englischen Kabinettsmitgliedern haben wird, eine besondere Rolle spielen. Bekanntlich steht die rheinische Sozialdemokratie irgendeiner Aenderung des staatsrechtlichen Verhältnisses des Rheinlandes sowohl zu Preußen wie zum Reiche entschieden ablehnend gegenüber.

Entspannung im englisch-afghanischen Konflikt.

Die afghanische Legation veröffentlicht einen Bericht, in dem es heißt, daß die Zwischenfälle an der afghanischen Grenze, in deren Verlauf britische Untertanen überfallen wurden, zur Befriedigung der afghanischen und britischen Regierung nunmehr endgültig geregelt seien. Was die anderen noch ungelösten Probleme anlangt, so setzt die afghanische Regierung volles Vertrauen in das Londoner Kabinett. Zum Schluß heißt es in dem Kommunique, daß der neue englische Vertreter für Afghanistan bereits in Delhi angelangt sei. In Londoner politischen Kreisen erklärt man zu diesem Kommunique, daß die englisch-afghanische Spannung in den letzten Wochen ohne Zweifel nachgelassen habe, daß aber von einer endgültigen Regelung der schwebenden Konflikte noch keine Rede sein könne.

•

Der Fall Groß und die „Dresdener Volkszeitung".

Wir berichteten vor einigen Tagen kurz, daß der von dem früheren Polizeiminister Liebmann eigens in sein Ministerium geholte Obersekretär Groß vom Dresdener Polizeipräsidium wegen Spionage im Amt verhaftet worden ist. Groß hatte durch Liebmann eine derartige Vertrauensstellung erhalten, daß ihm alle wichtigen und geheimen Akten, die Polizeimaßnahmen betrafen, durch die Hand gingen, die er dann gegen Bezahlung an die Kommunisten in Abschrift weitergab. Durch Zufall war man dem mit den Kommunisten verabredeten Kennwort „Karl" auf die Spur gekommen und hatte Groß auf diese Weise in die Falle gelockt. Es verdient nun niedriger gehängt zu werden, in welch demagogischer Weise die „Dresdener Volkszeitung", als eifrige Vorkämpferin der Richtung Liebmann-Arzt, diese für ihre Partei beschämenden Ereignisse in das Gegenteil zu verkehren sucht. Sie schreibt wörtlich:

„Wahrscheinlich ist Groß ein Opfer der übertriebenen Sparpolitik des Reiches geworden. Aus unzähligen Klagen wissen wir, daß die Beamtenschaft tiefer und tiefer verschuldet und dadurch in schwere wirtschaftliche Not geraten ist. Nur dadurch ist es erklärlich, daß selbst der Beamte dem Moskauer Rubel nicht mehr standhalten kann. Es liegt im eigensten Interesse des Staates, wenn er seine Beamten durch besseren Lohn vor Versuchungen und Versuchungen schützt. Die bürgerlichen Parteien seien gewarnt."

Diese Bemerkungen, die die Schuld von sich auf andere abzuwälzen versuchen, müssen als **Giftelleistung sozialdemokratischer Verdrehungskunst** vor einer breiten Oeffentlichkeit festgenagelt werden. Obendrein hat Groß die bezahlte Untreue bereits zu einer Zeit begangen, als die Beamten noch wesentlich besser gestellt waren. Das Kapitel der Beamtenpolitik Zeigner-Liebmann ist damit um ein krasses Beispiel vermehrt worden. Wer will beurteilen, wie viele ähnliche Existenzen noch unter den beförderten „Gesinnungstüchtigen" zu verzeichnen sind.

Handelsminister und Angestellte.

Der preußische sozialistische Handelsminister will die Dampfkessel-Ueberwachungs-Vereine zwingen, Arbeiterbetriebskontrolleure, die das Vertrauen der örtlich maßgebenden Gewerkschaften haben müssen, als Beamte einzustellen. Da sich die Vereine weigern, diesem Versuch der Hineintragung politischer Agitation in rein technisch arbeitende Organisationen stattzugeben, so droht er den Ingenieuren der Vereine, die mit der ganzen Sache nichts zu tun haben, mit der Entziehung der Revisionsbefugnisse. Macht der Minister seine Drohung wahr, so werden dann nicht nur die etwa 400 Ingenieure der preußischen Dampfkessel-Ueberwachungsvereine stellungslos, sondern auch ungefähr die gleiche Anzahl von Bürobeamten. Um für 30 sozialistische Gewerkschaftsbeamte neue Stellen zu schaffen, sollen also 800 bewährte und treue Beamte auf die Straße gesetzt werden. Wieder ein bezeichnendes Beispiel für sozialistische Prestigepolitik!

Aus Provinz und Reich.

Raubüberfall in der Apostolischen Kirche in L.-Plagwitz

Leipzig, 12. Februar. **Am 7. Februar, abends ½7 Uhr, ist in der Apostolischen Kirche in L.-Plagwitz in der Kaiserstraße ein wohlvorbereiteter Raubüberfall verübt worden.**

Im Kirchengebäude, dessen Haustür ständig verschlossen ist, wohnt im 1. Stock als einzige Bewohnerin die Aufwärterin Thieme. Zur angegebenen Zeit wurde an der Haustür geklingelt. Ein unbekannter Mann überbrachte einen Brief. Als er von der Aufwärterin in das Kirchengebäude eingelassen worden war, zog der Mann plötzlich einen Revolver und drohte der Aufwärterin, sich ruhig zu verhalten, er werde sonst auf sie schießen. Darauf rief er noch einen Helfer in das Haus hinein.

Nun verband man der Aufwärterin die Augen.

Einer hielt neben ihr Wache, während der andere die Privatwohnung und die Kirche nach Wertsachen durchsuchte. 2½ Stunden mußte die Ueberfallene auf einer Bank sitzen bleiben, erst dann verließen die Räuber das Haus. Eine sofortige Verfolgung war nicht möglich, wenn die Aufwärterin auch hierzu imstande gewesen wäre, weil die Täter die Haustür von außen verschlossen hatten.

In der Wohnung ist ein Schreibtisch aufgesprengt und alle Behältnisse sind durchgewühlt worden. Einen eingemauerten Wandschrank aufzusprengen, mißlang. Geldmittel oder wertvolle Kirchengeräte konnten nicht gefunden werden, weil die niemals in der Kirche aufbewahrt werden. Es fielen den Räubern in die Hände: 1 silberner Damen-Remontoiruhr mit einer wappenähnlichen Verzierung, eine vergoldete längliche Brosche mit blauem Stein, eine goldene runde antike Brosche in Blattform, eine silberne Brosche darstellend zwei ineinandergelegte Hände, ein Paar goldene Ohrringe, ein goldener antiker Ring mit 3 bis 5 Steinen, Kiesel, in Silber gefaßt, mit dem Datum 18. 12. und einigen unbekannten buchstaben gezeichnet.

An Kircheneigentum erlangten sie eine kleine runde silberne, innen vergoldete Büchse, etwa 6 Zentimeter im Durchmesser, einen kleinen silbernen Kelch in einem schwarzen Etui und vier Flaschen Rotwein.

Zwei neue Frauenmorde in Berlin.

Keine Spur von den Tätern.

Noch ist der am vergangenen Freitag in Berlin verübte Gattenmord an der Portiersfrau Prüfer nicht aufgeklärt und schon wieder sind zwei furchtbare Kapitalverbrechen verübt worden. Ueber die Einzelheiten dieser beiden Mordtaten deren Opfer wiederum zwei Frauen: nämlich die 53jährige Witwe Helene Liebau und die 66jährige Ehefrau Jenny Köllner sind, verlauten folgende Einzelheiten:

Die im Norden Berlins in dem Hause Lynarstraße 13 wohnende 53jährige Witwe Helene Liebau wurde gestern in ihrem Schlafzimmer neben dem Bett tot ausgefunden. Wie die oberflächliche Besichtigung ergab, war an der Verstorbenen ein Lustmord verübt worden. Einem Besucher, dem gestern auf wiederholtes Läuten und Klopfen an der Liebauschen Wohnung nicht geöffnet wurde, erklärten Bewohner, daß Frau Liebau unbedingt in ihrer Wohnung sein müsse. Der Besucher sowie die Bewohner vermuteten, daß die Frau möglicherweise erkrankt sei und begaben sich nach dem Polizeirevier, das Beamte nach der Wohnung entsandte. Die Tür wurde gewaltsam geöffnet, und den Eintretenden bot sich nun

ein grauenhafter Anblick.

In dem Zimmer lag die Leiche neben dem Bett in einer großen Blutlache. Neben der Leiche lagen mehrere Haarbüschel, die Ohrringe und das Gebiß der Toten. Von dem Täter hat man bisher absolut keine Spur.

Der Schauplatz des anderen Verbrechens ist gleichfalls der Norden Berlins, und zwar das Haus Greifenhagener Straße 33. Die hier wohnende 66jährige Ehefrau Jennh Köllner, die in Samter (Polen) geboren ist, wurde in dem mit Grundwasser gefüllten Keller als Leiche aufgefunden. Auch hier scheint Mord vorzuliegen. Frau Köllner ist mit dem gleichaltrigen aus Posen stammenden Kaufmann Abraham Köllner, seit vielen Jahren verheiratet. In den letzten Wochen und Monaten beobachteten Hausbewohner, daß fortgesetzte Zwistigkeiten zwischen den Eheleuten und der dort ebenfalls wohnenden Schwester des Mannes herrschten. Am Sonntag Vormittag war wieder großer Krach in der Wohnung und wenig später soll sich Frau Köllner aus der Wohnung entfernt haben. Seit jenem Zeitpunkt wurde sie vermißt. Gestern Montag, ging der Ehemann Köllner nach der Revierwache und erstattete eine Vermißtenanzeige, und gestern fand nun ein Hausbewohner im Keller neben dem Eingang in einem dunklen Gang

die blutbesudelte Leiche

der Vermißten halb mit Grundwasser bedeckt. Er erstattete sofort Anzeige. Die oberflächliche Besichtigung ergab, daß der Kopf der Verstorbenen schwere Verletzungen aufwies. Nun wurde die Mordkommission alarmiert, von der festgestellt wurde, daß die Verletzungen von einem Stumpfen herrühren können. Die Tote war vollständig angekleidet. Auf der oberen Stufe der Kellertreppe wurde die Tasche der Verstorbenen, einiges Geld und ein ihr gehöriges Buch gefunden. Auch hier tappt die Mordkommission auf die Spur des Täters weisen. Hausbewohner halten zunächst noch im Dunkeln, da noch keinerlei Anhaltspunkte, es allerdings auch nicht für völlig ausgeschlossen halten, daß Frau Köllner auf dem Wege zum Keller die Steintreppe hinuntergestürzt ist.

Turnen, Spiel und Sport.

Zum Hockey-Städtespiel Halle — Merseburg.

Der Sportplatz am Zoo in Halle bekommt am nächsten Sonntag das seit langer Zeit schon geplante Rückspiel der beiden Städtemannschaften Halle — Merseburg zu sehen und wird deshalb den Mittelpunkt des am Hockeysport interessierten Publikums für Sonntag bilden. Es ist schwer, zu derartigen Spielen Voraussagen zu machen, Merseburg gewann das erste Spiel, was wird dieses Mal daraus werden? Vielleicht geben uns die beiderseitigen Mannschaftsaufstellungen hier einige Anhaltspunkte!

Zunächst der Gegner! Halle hat aus der ersten Niederlage seine Lehren gezogen und stellt folgende starke Elf zur Vertretung der Hallenser Stadtfarben:

Tor: Scharff (H. C. H.), Verteidiger: Carl, Spitzwel (H. C. H.), Läufer: Oswald (Nelson), Berger, Raabe (H. C. H.), Stürmer: Hofmann, Jakob (Nelson), Daas (H. C. H.), Kretzschmar, Schaper (96).

Die Mannschaft ist zweifellos als sehr spielstark anzusprechen und das Gefährliche an der Elf liegt in ihrer Geschlossenheit: eine einheitliche Hintermannschaft und zwei einheitliche Flügel bieten von vornherein die Gewähr, daß ein gutes Zusammenspiel zustande kommt. Scharff im Tor ist ein bewährter Hüter und für Halle bereits mehrfach repräsentativ: Die Verteidigung ist zweifelsfrei als die beste hallische anzusprechen. In der Läuferreihe vermissen wir Neyband (96), der gegenwärtig nicht spielberechtigt ist, immerhin dürfte ihm Berger vom H. C. H. nicht viel nachstehen. Der Sturm ist sehr durchschlagskräftig, beide Flügel schnell, und technisch sicher. Daas (A. S. C.-Cöthen) ist mehrfach repräsentativer Mittelstürmer und dürfte wohl der gegebene Führer des Hallenser Sturmes sein. Wie sich Merseburg dem gegenüber halten soll, erscheint fraglich. Jedenfalls hat Merseburg einen schweren Gegner vor sich, dem standzuhalten, äußerste Kraftentfaltung erfordert.

Wir kommen auf die Merseburger Mannschaft später zurück.

Vom Eisklub!

Der Merseburger Eisklub beabsichtigt, am kommenden Sonnabend, ½4 Uhr, auf der Klubbahn seine Meisterschaften im Schnellauf auszutragen. Es finden folgende Meisterschaften statt: für Herren, Junioren (16—18 J.), Jugend (14—16 J), und Knaben (unter 14 J.) sind Strecken über 600, 1200 und 1800 Meter ausgeschrieben. Meldung bis Sonnabend mittag in der Gotthardt-Drogerie bei Herrn Emanuel. Den ersten Siegern stiftet der Klub Preise. Die Meldegebühr beträgt 20 Pfg.

•

Zweites Zahnschwimmen in Halle.

Zu dem am Sonntag, den 17. Februar, nachm. 2,30 Uhr im Stadtbad stattfindenden Schwimmfest, das für alle Schwimmer der Deutschen Turnerschaft offen ist, haben sich nicht weniger als 31 Vereine gemeldet. Aus Magdeburg starten MTV. Buckau 1862, dessen Mannschaften sich bereits im Vorjahre hier in Halle einen Namen machten, ferner TV. Jahn 1877. Berlin ist repräsentativ mit der Berliner Turnerschaft vertreten, Kassel mit der Turngemeinde. Auch die Hamburger Turnerschaft 1816, der älteste deutsche Turnverein, kommt erstmalig mit auserlesenen Kräften. Frankfurt (Main) erscheint mit dem Turn- und Fechtklub unter Leitung des Schwimmwarts der DT., Robert Braun, bringt noch den TV. 1860 aus Offenbach mit. Süddeutschland ist mit Nürnberg 184 und den Stuttgart Bfg. würdig vertreten. Die Wasserkante mit Stettin und Bremerhaven. Auch Mitteldeutschland kommt mit Namen von Klang, so Dresden, Löbtau, Erfurt, Hann.-Münden, Arnstadt, Lauterburg und Gera. Selbstverständlich ist auch die Nachbarschaft anwesend, wie Staßfurt, Aschersleben, Merseburg und Schkeuditz. Veranstalter sind die Schwimmabteilungen des Hall. T. u. Sp.-V. und des KTB. Vorgesehen sind 21 Kämpfe in allen Schwimm- und Springarten. Wasserball wird ausgetragen zwischen Turnerschaft Gera und Turnerschaft Berlin-Schöneberg sowie zwischen MTV. Buckau und Berliner Turnerschaft. Das 100-Meter-Brustschwimmen weist 24 Namen auf, das 100-Meter-Brustschwimmen für Turnerinnen gar 31 aus allen Teilen Deutschlands. Die Bruststaffel 4×50 Meter wird von 9 Mannschaften bestritten, die Lagenstaffel 4×50 Meter von 11 Mannschaften. Auch in der Bruststaffel 4×50 Meter für Turnerinnen ist wieder eine ausgezeichnete Konkurrenz beisammen und 9 Mannschaften werden hier zum Kampfe antreten. Einen würdigen Abschluß der Kämpfe wird dann endlich die große Staffel 10×50 Meter bilden, wo Berlin, Magdeburg und Halle antreten zur Erringung des Wanderpreises des Reichspräsidenten.

Quer durch Mitteldeutschland.

Der Sportausschuß des Gau 26, Prov. Sachsen-Anhalt des Allgemeinen Deutschen Automobil-Clubs faßte bei seiner letzten Sitzung den Beschluß, die auf den 25. Mai angesetzte Gauzuverlässigkeitsfahrt „Quer durch Mitteldeutschland" auf den 18. Mai zu verlegen, um nicht durch eine zeitliches Zusammenfallen mit anderen wichtigen Veranstaltungen des A. D. A. C. eine zu geringe Teilnehmerzahl zu verzeichnen. Schon jetzt ist sehr großes Interesse für diese Fahrt vorhanden und ist mit vielen Meldungen zu rechnen.

Da sich leider in Elsterwerda hinsichtlich der Unterbringung der Teilnehmer Schwierigkeiten ergaben, ist der Start nach Wittenberg verlegt worden und berührt die Fahrt folgende Städte: Herzberg, Torgau, Eilenburg, Leipzig, Halle, Eisleben, Sangerhausen, Nordhausen, Hasselfelde, Wendefurth, Blankenburg, Pfeifenkrug, Derenburg und findet in Halberstadt ihr Ende. Die Fahrt beginnt morgens 5 Uhr. Weitere wichtige Einzelheiten werden in nächster Zeit veröffentlicht werden.

Von einem Gaumitgliede ist dem Gauvorstand ein Snob-Leichtmotorrad zur Verfügung gestellt worden, das an einem noch zu bestimmenden Termin ausgefahren wird, dieser Wettbewerb ist für alle Motorradfahrer des Gaues offen, auch hierüber erfolgen noch nähere Bekanntmachungen.

12. Berliner Sechstage-Rennen.

Dem am 4. Februar zu Ende gegangenen 11. Berliner Sechstage-Rennen im Sportpalast (es wurde von Lorenz-Saldow gewonnen) folgt nun das gestern begonnene und am 19. Februar zu Ende gehende 2. Breslauer Sechstage-Rennen. Nach einer Pause von 14 Tagen wird dann das 12. Berliner Sechstage-Rennen auf der Bahn am Kaiserdamm vom Stapel gehen. Als Termin ist der 6. bis 12. März festgesetzt worden. Von ausländischen Fahrern sind bereits die Holländer van Nek, Blekemolen und Storm, die Italiener Olivert und Rizetto sowie der Schweizer Oskar Egg, ein Sechstagefahrer bester Klasse, fest verpflichtet worden. Auch die Teilnahme der Belgier Aerts und Spiessens ist so gut wie sicher. Als stärkste deutsche Kombination werden den Ausländern Saldow-Bauer entgegentreten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919240214-18/fragment/page=0006